

NACHRICHT DES PRÄSIDENTEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ein weiteres Jahr neigt sich dem Ende zu. Ein weiteres Jahr voller Veränderungen und Hoffnung für die Europäische Union. Wie wir bei unserer Studienreise vom 24.–28. September nach Washington erneut feststellen konnten, ist es wichtiger denn je, dass Europa geeint bleibt. Gerade angesichts der schwierigen internationalen Gemengelage, in der Präsident Trump für ein neoliberales, von Anarchie und Krieg geprägtes System eintritt, dessen Devise „Amerika zuerst“ (*America First*) nur von Egoismus und dem Wunsch nach einem internationalen System zeugt, in dem jedes Land über seine eigenen Interessen wacht. Europa muss ein Beispiel setzen und vor der Welt geeint auftreten.

Während unserer Reise, die in Zusammenarbeit des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments mit dem US-amerikanischen Kongress organisiert wurde, erhielten wir eine Einladung zum jährlichen Treffen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Kongresses, die uns herzlich empfingen; wir erhielten zudem Gelegenheit, die Arbeit wichtiger Organisationen und Denkfabriken kennenzulernen und mit Wissenschaftlern und Studenten zu debattieren. Zu den behandelten Themen gehörten das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und der EU und der Klimawandel; auf den Innenseiten finden Sie einen Bericht über die Reise.

Diese Ausgabe befasst sich mit der Kommunikation und den sozialen Medien, Themenbereichen also, die heutzutage nicht mehr wegzudenken sind. Europäische Sachverständige und unsere Kollegen berichten, wie die sozialen Medien die politische Kommunikation verändert haben und wie die Zukunft in diesem Bereich aussieht.

Das Kolloquium der Europäischen Vereinigung fand in diesem Jahr am 3. November in Malta statt. Brigitte Langenhagen und Andrea Manzella vertraten unseren Verein bei diesem Treffen. Das Thema lautete „Die Zukunft Europas“; die von Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europäischen Rates von 1999 bis 2004, vorgeschlagene Erklärung wurde in dieser Sitzung erörtert. Das Treffen fand auch im Zeichen des brutalen Mordes an der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia statt; unter Federführung unserer Vertreter wurde eine Pressemitteilung herausgegeben, in der der Mord verurteilt wurde. Wir müssen in Erinnerung bringen, dass die Freiheit der Meinungsäußerung eine Säule der Europäischen Union ist und dass ein solches Vorgehen in Europa nicht toleriert wird.

Ferner hat eine Delegation des VEM unter Leitung von Lord Richard Balfe vom 5.–7. November Estland besucht. Unsere Mitglieder hatten Gelegenheit, sich mit weiteren ehemaligen estnischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu treffen und das *Riigikogu* (estnische Parlament) zu besuchen. Dort trafen sie sich mit Marianne Mikko, Mitglied des Ausschusses für europäische Angelegenheiten. Es war ein gewinnbringender Besuch, in dessen Mittelpunkt das Programm des Ratsvorsitzes und das Beispiel Estlands als eine der wichtigsten digitalen Nationen in Europa stand; auf den Innenseiten finden Sie einen Bericht über die Reise.

Ich möchte allen Personen und Mitgliedern danken, die den jährlichen Veranstaltungen des VEM am 29./30. November beiwohnten und deren Durchführung ermöglichten. Es war eine Freude, alle Anwesenden empfangen zu dürfen. Unser Ehrengast war Mirek Topolánek, ehemaliger Premierminister der Tschechoslowakei und ehemaliger Präsident des Rates. Der Titel seiner Rede lautete „*The former Communist states of Eastern Europe are they meeting the challenges of our continent?*“ (Stellen sich die ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas den Herausforderungen unseres Kontinents?).

Im Rahmen des Seminars des VEM, an dem zahlreiche Studenten verschiedener belgischer Hochschulen teilnahmen, wurde das Thema „*Globale Strategie der Europäischen Union für Sicherheit und Verteidigung*“ behandelt. Ich möchte den Rednern danken: Michel Gahler, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung und Vorsitzender der *Kangaroo-Group*, Ivailo Kalfin, Mitglied der hochrangigen Gruppe „Eigenmittel“ und Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Thema Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen, und Sir Julian King, für die Sicherheitsunion zuständiges Mitglied der Kommission der Europäischen Union. Die Aussprache erwies sich für die teilnehmenden Mitglieder und für die Studenten gleichermaßen als überaus bereichernd und interessant. Das Video wird auf der VEM-Website abrufbar sein.

Unsere Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder verläuft erfolgreich; im Jahr 2017 haben sich 24 neue Kollegen angeschlossen. Ich möchte allen danken, die an dieser Kampagne mitgewirkt haben; vergessen Sie nicht, dass gerade Sie als Mitglieder die Arbeit des Vereins am besten vorstellen und ihren Wert erläutern können. Wenn Sie jemanden kennen, der an einer Mitgliedschaft in dieser großen Familie interessiert sein könnte, zögern Sie nicht, ihn an das Sekretariat zu verweisen. Denken Sie daran: Wenn es jedem von uns gelingt, ein neues Mitglied zu gewinnen, können wir außergewöhnliche Ergebnisse erzielen und das Potenzial der Programme des Vereins bestmöglich ausschöpfen.

Schließlich möchte ich allen Personen danken, die an den verschiedenen von dem VEM organisierten Veranstaltungen teilgenommen haben, insbesondere den Mitgliedern, die sich im Laufe des Jahres an dem mit den Universitäten durchgeführten Programm „EP to Campus“ beteiligt haben. Danke, dass Sie es ermöglichen, dass der Verein seine Arbeit erfolgreich fortsetzen kann.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Freunden Frohe Weihnachten und ein erfolgreiches und glückliches Jahr 2018.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Enrique Barón Crespo', with a horizontal line underneath it.

Enrique BARÓN CRESPO

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

DER KÜNFTIGE EU-HAUSHALT: DIE EU WIEDER STARK MACHEN

Der mehrjährige Finanzrahmen ist einer der Eckpfeiler der Europäischen Union. Die Dauer von sieben Jahren und die 1,13 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) standen für Kontinuität und Stabilität. Die Eigenmittel reichten in Verbindung mit dem Beitrag der Mitgliedstaaten aus, um den Mitgliedstaaten ständigen Einfluss zu garantieren und zugleich die Handlungsfreiheit der Kommission sicherzustellen.

Im Jahr 2013 war keines von beidem mehr gegeben. Nach der Erweiterung im Jahr 2004 zahlten die EU-Beitrittsländer – und damit die Zollunion – keine Zölle mehr an den EU-Haushalt. Im gleichen Zeitraum wurden die meisten Abgaben aufgrund entsprechender WTO-Vorschriften verringert und entfielen. Die EU-Mitgliedstaaten mussten ihren Verpflichtungen nachkommen und die Differenz ausgleichen. Dieses Ungleichgewicht führte schließlich zu einem Anteil von 85 % an direkten Beiträgen gegenüber nur 15 % an Eigenmitteln. Es überrascht nicht, dass die Mitgliedstaaten mehr Einfluss forderten.

Im Jahr 2013 erreichte das Vereinigte Königreich eine Verringerung auf 1 % des BNE. Im Jahr 2017 zeigt sich, dass der derzeitige MFR unterfinanziert ist und die vor Jahrzehnten vereinbarten Haushaltslinien nicht ausreichen, um Europa wieder stark zu machen.

Die Vision der EU im 21. Jahrhundert ist simpel: Es muss dafür gesorgt werden, dass die EU auch künftig der beste Ort zum Leben, Lieben und Arbeiten bleibt: Die EU muss wieder stark gemacht und weiter gestärkt werden.

Wir leben in einem Zeitalter der Unruhe mit einer neuen Weltordnung. Die aufkommenden neuen Technologien, die unsere Volkswirtschaften, politischen und sozialen Systeme durcheinanderbringen, erstrecken sich auch auf die Arbeit und den Alltag. Der Klimawandel ist im vollen Gange und geht mit Naturkatastrophen und Migration einher. Die Macht konzentriert sich auf einige Wenige, während die Möglichkeiten von immer mehr Menschen immer eingeschränkter sind.

Die historische Herausforderung des Europäischen Rates ähnelt derjenigen, die es im Jahr 1992 in Edinburgh im Jahr 1992 in einer vergleichbaren Situation zu bewältigen galt. Die gemeinsam vereinbarte Vision, die damals 15 Länder in einer erfolgreichen Union zu halten, war 20 Jahre lang ausreichend. Sie vereinbarten mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament Mittel und verteilten Zuständigkeiten.

Die Europäische Union muss den Bürgern dienen. Das gleiche gilt für den EU-Haushalt. Es bedarf jetzt einer neuen Vereinbarung im Europäischen Rat. Unsere Prioritäten sind unser Wohlstand, unser Wohlergehen und unsere Sicherheit. Wir müssen die Ressourcen für eine neue Datenwirtschaft auf der Grundlage der entsprechenden Infrastrukturen bereitstellen: der Energieunion und dem digitalen Binnenmarkt. Wir müssen für die vereinbarten Klimaziele eintreten und unsere Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen entsprechend modernisieren. Wir müssen erreichen, dass die EU-Bevölkerung durch kontinuierliche Weiterbildung und neue Qualifikationen für die Zukunft gewappnet ist. Wir müssen für unsere Werte eintreten, angefangen bei der Achtung der grundlegenden Menschenrechte und aller vereinbarten Freiheiten sowie der Sicherheit. Wir müssen für jeden Einzelnen in der Europäischen Union eintreten: jung oder alt, Mann oder Frau, Ost oder West, Süd oder Nord.

Wenn wir uns auf die Prioritäten einigen, können wir über die Mittel entscheiden und der EU neue Wege weisen. Der EU-Haushalt muss eine Investition in die Zukunft und nicht lediglich eine einfache Bilanzaufstellung sein. Wir benötigen finanzielle Mittel, um Ergebnisse erzielen zu können. Es empfiehlt sich, nach Effizienz und Effektivität zu streben, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Damit sich diese Ziele erreichen lassen, reicht es nicht aus, mehr Ressourcen zu mobilisieren. Es bedarf auch eines Schulterschlusses der europäischen Länder. Der erste Schritt besteht darin, dass das Versprechen des Euros von allen Ländern, die darin eingewilligt haben, eingehalten wird.

Edit Herczog

S&D, Ungarn (2004-2014)

mrs.edit.herczog@gmail.com

INWIEFERN IST KULTURELLE VIELFALT ENTSCHEIDEND FÜR EIN STARKES UND GEEINTES EUROPA?

Die zunehmende Digitalisierung hat erhebliche Auswirkungen auf die Kulturbranche. Viele Kunst- und Kulturschaffende und die Kultur- und Kreativwirtschaft allgemein haben nun die Möglichkeit, online eine größere Zahl kultureller Werke mit geringerem Aufwand zu schaffen und zu verbreiten.

Die Bürger lesen bzw. sehen und hören sich kulturelle und kreative Werke in zunehmenden Maße online an. Parallel zu dieser Entwicklung hat eine schnelle Konzentration von Plattformen stattgefunden, die von einigen wenigen nichteuropäischen Akteuren betrieben werden. Infolgedessen wird der Markt gegenwärtig von großen digitalen Plattformen regiert, die die Wertschöpfungskette erheblich stören, sich oft negativ auf die Vergütung der Kunst- und Kulturschaffenden auswirken und wenig zur kulturellen Vielfalt des Ausdrucks in Europa beitragen.

Die GAFKA-Unternehmen erhalten von der Kultur- und Kreativwirtschaft und ihren Urhebern Mittel in ungeheuerlichem Umfang: Nach den Schätzungen von Jonathan Taplin belaufen sich diese Wertübertragungen jährlich auf ungefähr 50 Milliarden USD.¹

Die Einkünfte der Rechteinhaber in der Musikbranche waren im Jahr 2016 sehr unterschiedlich hoch. Die Plattform *Youtube*, die 900 Millionen Nutzer hat, brachte den Rechteinhabern Erträge von lediglich 553 Millionen USD ein. Im Gegensatz dazu haben die 212 Millionen Nutzer von Musik-Abonnement-Diensten (wie *Spotify*) mehr als 3,9 Milliarden USD zu den Einkünften der Rechteinhaber beigetragen.

Angesichts dieser unausgewogenen Situation sind die Förderung und der Schutz der kulturellen Vielfalt in der EU wichtiger denn je.

Tatsächlich ist die kulturelle Vielfalt, insbesondere wenn sie auf dem Bildschirm propagiert wird, ein Wert in mehrfacher Hinsicht: Dadurch, dass die Geschichten möglichst vieler Menschen gezeigt

¹ Jonathan Taplin: *Move Fast And Break Things*, S. 6, 2017, ISBN 978-1-5098-4769-3.

werden und dadurch das menschliche Befinden beleuchtet wird, wirkt sie beispielsweise demokratisch. Im Gegenzug können die Maßnahmen der öffentlichen Hand besser auf die Lebenswirklichkeit der Menschen ausgerichtet werden. Damit wir als informierte Bürger handeln können, benötigen wir Informationen über das komplexe Wesen von Gesellschaften und müssen wir uns in dieser Hinsicht weiterbilden. Kulturelle Vielfalt stützt außerdem Identitäten und Werte. Im Gegensatz zu den Aktivitäten der meisten nichteuropäischen Akteure gehen diese Werte nicht immer unbedingt mit Kommerz und Gewinnstreben einher. Deswegen muss die kulturelle Vielfalt des Ausdrucks gefördert werden.

Anders als auf traditionelle Akteure findet das EU-Recht auf neue Plattformen keine Anwendung. Letztere zeichnen sich dadurch aus, Inhalte, die überwiegend aus einem einzigen Kulturkreis stammen, in Konkurrenz mit den traditionellen europäischen Akteuren zu schaffen und zu verbreiten. Dies hat zur Folge, dass die verfügbaren kulturellen Wahlmöglichkeiten abnehmen. Unsere Künstler brauchen eine gerechte Chance, um kreativ schaffen und anschließend den Bürgern online Zugang zu ihren Werken gewähren zu können.

Wir müssen die neuen Videoabrufplattformen auffordern, im Internet mehr europäische Werke zu verbreiten und ihnen angemessene Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Das Europäische Parlament setzt sich bereits dafür ein, indem es im Ausschuss dafür gestimmt hat, eine verbindliche Quote von 30 % europäischer Werke für die Kataloge von Videoabrufdiensten vorzuschreiben.

Die Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr und die Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums müssen aktualisiert werden, damit Missbrauch, Piraterie und Online-Kriminalität in ihnen Berücksichtigung finden.

Außerdem muss die Richtlinie über das Urheberrecht überarbeitet werden, damit Kunst- und Kulturschaffende sowie Schriftsteller auf der Grundlage nachhaltiger Finanzmittel gut und erfolgreich leben können. Das Programm „Kreatives Europa“ sollte mehr Mittel erhalten. Dies ist möglicherweise der einzige Weg, damit eine Plattform, die vor allem europäische Werke verbreitet, entstehen und sich im Wettstreit mit nichteuropäischen Akteuren behaupten kann.

Präsident Juncker hat Recht, wenn er einen gerechten Rahmen für die Besteuerung von Unternehmen auf EU-Ebene fordert.

Die EU muss sich stärker für die Präsenz unserer Kultur im Internet einsetzen. Dies ist im Hinblick auf künftige Generationen eine wesentliche Frage von demokratischer Bedeutung. Der Austausch kreativer Werke unterschiedlicher Art über Grenzen hinweg, insbesondere durch das Internet, unterstützt unsere Kultur- und Kreativwirtschaft und hochwertige Arbeitsplätze in diesem Bereich und verstärkt das Gefühl, einem gemeinsamen Kontinent mit bedeutsamen gemeinsamen Werten anzugehören. Wenn wir ein starkes und geeintes Europa wollen, müssen wir uns für unsere Kunst- und Kulturschaffenden und unsere Kultur- und Kreativwirtschaft einsetzen.

Carole Tongue

PES, Großbritannien (1984-1999)

tonguec@btinternet.com

DEUTSCHLAND HAT GEWÄHLT – DER VERSUCH EINER DEUTUNG AUS OSTDEUTSCHER SICHT

Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte wird in den Bundestag eine Fraktion mit deutlich nationalistischen, teils rassistischen, die Grundrechte und demokratischen Institutionen verächtlich machende Botschaften einziehen. Deutschland folgt damit leider einem europäischen Trend.

In vielen ostdeutschen Bundesländern landete die AfD auf den zweiten Platz, in Sachsen auf dem ersten. Aber auch in wirtschaftlich starken westdeutschen Bundesländern erreicht sie zweistelligen Zuspruch. Die Führungselite der AfD ist vorrangig westdeutscher Herkunft.

Wer in den letzten Wochen verstärkt versucht hat, Bürger für die Wahl zu mobilisieren und zu inhaltlichen Auseinandersetzungen zu ermutigen, hat viel Gleichgültigkeit, Ablehnung und Desinteresse wahrnehmen müssen. Von daher kommt das Wahlergebnis nicht allzu überraschend. Die Wähler der AfD lassen sich in drei Gruppen einteilen. Zunächst sind da die wirklich überzeugten Anhänger. Von ihnen haben die meisten in der Vergangenheit auch schon rechtsextrem gewählt. Sie unterstützen den Hass und Rassismus, den viele AfD-Politiker verbreiten. Ihnen gegenüber steht die deutlich größere Gruppe der Enttäuschten, Verunsicherten oder Protestwähler. Diese Gruppe zerfällt wiederum in zwei Teile: konservativ-bürgerliche Wähler, die sich unter der von Merkel deutlich liberaler gewordenen CDU verraten fühlen mit einer diffusen Angst vor Abstieg und Veränderung. Andere gehören zu eher abgehängten Milieus, die sich von der Politik mit Digitalisierung, Globalisierung und Migration allein gelassen fühlen. Alle Gruppen verbindet eine tiefe Skepsis gegenüber den sogenannten Eliten aus Politik, Medien und Wirtschaft. Diese Skepsis und Ablehnung sind völlig überzogen, aber sie werden genährt durch reale Missstände. Und diese treten in Ostdeutschland deutlicher zutage. Offensichtlich haben zu viele Menschen die deutsche Vereinigung, gefolgt von Globalisierung und Liberalisierung als schmerzlichen Verlust von Identität, Stabilität und Sicherheit, gar als kulturelle Entfremdung erfahren. Der seit 1990 ihnen abverlangte, (aber selbst gewählte!) Veränderungsprozess hat deutlichere Spuren hinterlassen als bisher angenommen. Verlust der Arbeitsplätze, Bruch der Erwerbsbiografie, Billiglohnland, Abwanderung der jungen Generation, demografische Veränderungen insbesondere in den ländlichen Räumen lassen ein Gefühl vom Bürger zweiter Klasse anwachsen. Dazu kommen dann auch noch Geflüchtete, mit denen scheinbar geteilt werden muss. Da entstehen Ängste. Parallelen zu unseren ost- und mitteleuropäischen Nachbarstaaten drängen sich auf.

Wie kann es andererseits passieren, dass die deutlich sichtbaren Verbesserungen der Lebensqualität, Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerne als selbstverständlich angenommen aber weniger als hohes Gut reflektiert werden? Eine meiner Antworten ist die vernachlässigte politische Bildung in Schule, Ausbildung bis zu den Universitäten. Die reflexartige Reaktion auf das ideologisierte Bildungssystem der DDR hat systematisch politische Lehre und Auseinandersetzungen blockiert. Die CDU als Mehrheitsregierung seit der politischen Wende in Sachsen hat alle Forderungen der „linken“ Opposition ignoriert und das Gespräch mit den frustrierten oder auch verängstigten Bürgern vernachlässigt. Wenn sie – wie gerade jetzt geschehen, nun auch noch versucht, Botschaften und Vokabular der AfD zu kopieren und die Gründe für das eigene schlechte Abschneiden vorrangig in der Flüchtlingspolitik von Frau Merkel sucht, kommt das einem Fiasko gleich. Es ist eine Aufforderung, das Original zu wählen. Viel nötiger ist die sachlich fundierte Auseinandersetzung mit der Programmatik der AfD. Die AfD bietet für die brennenden Fragen unserer Zeit: soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, Klimaschutz, Bildung, Demokratisierung der Gesellschaft, ein vereintes, solidarischen Europa, weltweite Verantwortung keinerlei Lösungen an.

Die Regierungsbildung ist eine Herausforderung und wird langwierig sein.

Von der demokratisch gesinnten Mehrheit wird es abhängen, ob Deutschland auch nach Einzug der AfD in den Bundestag Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Universalismus, Freiheit und Gleichheit als unveräußerlichen Wert verteidigt und danach handelt.

Insofern bin ich optimistisch.

Gisela Kallenbach

Greens / EFA, Deutschland (2004-2009)

Gisela_Kallenbach@yahoo.com

FÜR EINE INTEGRIERTE VERTEIDIGUNG EUROPAS

Europa sieht sich von verschiedenen Seiten in zunehmendem Maße bedroht, beispielsweise durch destabilisierende Terroranschläge des IS oder Hackerangriffe. Deshalb müssen die Verteidigung und die Sicherheit Europas immer dringender umstrukturiert werden, wenn sie gefördert werden sollen. Die weltweite Sicherheit ist bedroht. Deshalb bedarf es einer weltweiten Lösung, wie in der ERKLÄRUNG VON ROM vom März dieses Jahres vorgeschlagen wurde und wozu sich auch der Präsident der Kommission in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union vom September 2016 verpflichtet hat.

Tatsächlich ist die Union der 27 Mitgliedstaaten weitaus mehr als ein simpler Binnenmarkt oder Abgeber von Empfehlungen bezüglich wirtschaftlicher Maßnahmen – und muss es auch sein. Sie ist vor allem eine Union von 450 Mio. Menschen bzw. Unionsbürgern und ein Projekt des Friedens und gesellschaftlichen Wohlergehens für unsere jetzigen wie auch künftige Generationen.

Der Kampf gegen den IS macht außerdem moderne, interoperable Verteidigungssysteme und -mittel sowie die Durchführung interner und externer Maßnahmen erforderlich.

Die Europäische Union muss eine herausragende Rolle einnehmen, und sie muss die Mechanismen für die Koordinierung und den Austausch von Informationen zwischen den Sicherheitsdiensten und den Tätigkeiten von Europol verbessern.

Dazu müssen die 27 Mitgliedstaaten koordiniert zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen. Die Ausgaben für Verteidigung belaufen sich auf mehr als 180 Mrd. EUR, und es gibt in Europa insgesamt 1,5 Mio. Soldaten, doch nur wenige von ihnen – knapp 6 000 – sind derzeit bei gemeinsamen humanitären Maßnahmen, Friedensmaßnahmen oder Maßnahmen zur Kontrolle des Terrorismus außerhalb Europas und in Europa im Einsatz bzw. daran beteiligt. Mit ihrer Qualifikation und ihrem Wissen sind sie bei der Zusammenarbeit und Koordinierung mit den übrigen Sicherheitsmitteln nun von großer Bedeutung.

Die Kommission trägt zwar aktiv dazu bei, eine integrierte europäische Verteidigung und Sicherheit, eine gemeinsame europäische Verteidigung mit schrittweiser Integration der nationalen Verteidigungsinstrumente bis 2025 zu schaffen. Sie hat auch einen Europäischen Verteidigungsfonds

eingesetzt, der ab 2020 1 % des Unionshaushalts ausmachen könnte, sodass Fortschritte bei der Schaffung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion erzielt werden können. Doch London wird nach dem Brexit nicht mehr an der Europäischen Verteidigungsagentur und an Europol beteiligt sein. Dies ist äußerst besorgniserregend.

Jetzt liegt es an uns, die Europäische Union zu einem gemeinsamen Projekt der Sicherheit, des Friedens und des gesellschaftlichen Wohlergehens zu machen. Und dazu bedarf es der integrierten Zusammenarbeit an einer gemeinsamen Politik.

Dolores García-Hierro Carballo

S&D, Spanien (2011-2014)

doloresgarciahierro@gmail.com

DIE UNION KÄMPFT FÜR DAS IRAN-ABKOMMEN

Das internationale Atom-Abkommen mit dem Iran erfüllt seine Funktion. Es entspricht dem Verständnis der Europäischen Union von einer multilateralen internationalen Ordnung, die auf Regeln basiert. Das Abkommen von 2015 – auch bekannt als Gemeinsamer Umfassender Aktionsplan (JCPOA) – zählt zu den wenigen Erfolgen, die die EU als globaler Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik zu verzeichnen hat.

Präsident Trump hat den Entschluss gefasst, die Bescheinigung für das Abkommen zu verweigern. Dies bedeutet nicht, dass Iran die Vorschriften nicht einhält. Vielmehr hat die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) wiederholt mitgeteilt, dass Iran den Vorgaben nachkomme. Die US-amerikanischen Gesetzesvorschriften sehen jedoch vor, dass der Präsident das Abkommen alle 90 Tage bestätigt, und enthalten außerdem zusätzliche Kriterien in Verbindung mit der nationalen Sicherheit. Der Präsident ist der Überzeugung, dass das Abkommen nicht den nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten entspricht. Er ist für eine Neuverhandlung des Abkommens, das er als den schlechtesten Deal aller Zeiten und für die Vereinigten Staaten beschämend bezeichnet.

Nach Ansicht der Hohen Vertreterin der EU, Federica Mogherini, sollte das Abkommen in der vereinbarten Form umgesetzt werden, weil es die daran geknüpften Erwartungen erfüllt. Die anderen europäischen Partner – Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich – sind sich in ihrer Unterstützung des Abkommens einig und gegen eine Neuverhandlung. China wie auch Russland haben zum Ausdruck gebracht, dass sie an einer Aufrechterhaltung des Abkommens interessiert sind. Der oberste geistliche Führer Irans hat bestätigt, dass man das Atom-Abkommen nicht zerreißen werde, bevor die Gegenseite dies tue.

Es stellt sich die Frage, was als nächstes passieren wird. Der Kongress ist nun an der Reihe und wird möglicherweise ein neues Bündel an Sanktionen, die nicht mit dem Atom-Programm in Verbindung stehen, beschließen oder die Sanktionen wiederauflegen, die sich auf das Atom-Programm beziehen. Letzteres würde einen Verstoß gegen das Abkommen darstellen und bedeuten, dass die Vereinigten

Staaten den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan einseitig aufkündigen. Um dies zu verhindern, bereiten die Republikaner im Kongress neue Gesetze vor, um das Abkommen auf Raketentests auszuweiten, die derzeit nicht in seinen Anwendungsbereich fallen. Die entsprechende Gesetzgebung zielt darauf ab, Trumps Forderungen nachzukommen, wonach der Kongress schnell handeln sollte, um die bestehenden Vorschriften zu verschärfen, die die Beteiligung der Vereinigten Staaten am Atom-Abkommen mit Iran bestimmen. Trump dringt zudem auf die Zustimmung der anderen Vertragsstaaten des Abkommens und hat damit gedroht, dass die Vereinigten Staaten aus dem Abkommen austreten werden, sollten die fraglichen Änderungen nicht vorgenommen werden.

Die Union befindet sich in einer schwierigen Lage, da sowohl das mit dem Abkommen verbundene internationale Ansehen als auch die damit verknüpften wirtschaftlichen Vorteile auf dem Spiel stehen. Es bedarf einer soliden Unionsstrategie dafür, wie das Abkommen aufrechterhalten und seine Neuverhandlung und Ausweitung verhindert werden kann. Außerdem ist eine sofortige Reaktion notwendig, falls der Kongress Sanktionen beschließt, die sich auf in Iran tätige europäische Banken und Unternehmen auswirken könnten.

Es wurden Forderungen nach starken wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen laut, um einer Beeinträchtigung der europäischen Wirtschaftsinteressen in Iran entgegenzusteuern.

Des Weiteren hat die Unsicherheit über das Fortbestehen des Abkommens Auswirkungen zur Folge, die weit über dessen eigentlichen Anwendungsbereich hinausgehen. Der diplomatische Ansatz zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, der die Handschrift der Union trägt, wird in Frage gestellt. Würde Nordkorea jemals als Ergebnis diplomatischer Verhandlungen auf Atomwaffen verzichten, wenn möglicherweise einer der wesentlichen Partner, die Vereinigten Staaten, einem Abkommen zu jedem beliebigen Zeitpunkt die „Bestätigung“ verweigern wird? Würde dies bedeuten, dass eine militärische Lösung die einzige Alternative ist?

Tarja Cronberg

Ehemaliger Vorsitzender des EP
Delegation für die Beziehungen zu Iran
in 2011-2014.
Greens / EFA, Finnland (2011-2014)
tarja.cronberg@pp.inet.fi

NICHT IM NAMEN DER EHRE

Migration und Flüchtlingsbewegungen haben die Länder der Europäischen Union zunehmend mit neuen Herausforderungen konfrontiert: Zum Beispiel mit Formen von Zwang und Gewalt gegen Mädchen und Frauen, die bisher kaum im Bewusstsein waren. „Ehrenmorde“, also die Tötung von Ehefrauen oder weiblichen Familienmitgliedern, die gegen die herrschende Moral und damit gegen die „Ehre“ des Mannes oder der Familie verstossen hatten, schafften es gelegentlich in die Schlagzeilen unserer Medien. Aber Kinderheiraten, Zwangsheiraten oder Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen wurden Politik und Medien erst mit zunehmender Migration in der

Öffentlichkeit zum Begriff. Auch bestimmte Formen krimineller Übergriffe, etwa die Verätzung mit Säuren, kamen mit der Einwanderung.

Mit „Ehre“ hat das alles wahrlich nichts zu tun. Und eins muss klar sein: mit Strafrabatten sollen die Täter in der EU nicht rechnen dürfen!

Der Europarat hat 2011 mit der sogenannten Istanbul Convention darauf reagiert. Sie bietet erstmals ein verbindliches Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, und zwar bei Gewalt in jeder Form: Sexuelle Gewalt aller Art, häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung oder Stalking, aber auch bei Kinderehen, Zwangsheiraten und Genitalverstümmelung.

Der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, dass auch Jungen und Männer Opfer von sexueller Gewalt und Zwangsheiraten werden, Mädchen und Frauen jedoch weitaus mehr betroffen sind, da ihnen überall in der Welt und in allen Gesellschaftsschichten häufig in keiner Hinsicht ein Selbstbestimmungsrecht zugestanden wird.

Die Genitalverstümmelung wurde schon 1995 bei der Weltfrauenkonferenz in Peking unmissverständlich geächtet. Schon damals wurde in der Paritätischen Versammlung AKP/EU ein ablehnendes Votum erreicht, aber es fehlte andererseits nicht an Kritik, dass hiermit kulturelle und/oder traditionelle Gebräuche ungerechtfertigt in Frage gestellt würden. Viele afrikanische Länder haben die Genitalverstümmelung seither unter Strafe gestellt, aber bekanntlich wird sie noch immer praktiziert. Viele Frauen, die aus Entwicklungsländern nach Europa kommen, sind beschnitten. Manche muten das ihren Töchtern bei Verwandtenbesuchen in den Herkunftsländern zu (was in der EU strafbar ist!), aber andere engagieren sich vehement dagegen. Inzwischen gibt es in europäischen Ländern, auch in Deutschland, spezialisierte Ärzte, die den häufig unter schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen leidenden Frauen operativ helfen können.

Kinderehen und Zwangsheiraten sind in keinem Fall zu tolerieren. Aber welche Ausnahmeregeln sollten bei einvernehmlich geschlossenen Ehen von noch nicht ganz Volljährigen gelten, die es auch – nichts selten bereits mit Kind- gibt? In Deutschland gab es bis vor kurzem noch Ausnahmeregeln für 16-jährige, die erst nach der Konfrontation mit Ehen von minderjährigen Flüchtlingen abgeschafft und auf das Volljährigkeitsalter von 18 Jahren angehoben wurden. Insgesamt hinken die Rechtsgestaltung und der politische wie gesellschaftliche Umgang mit diesen Herausforderungen in Europa den Realitäten hinterher, was der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments ausführlich dokumentiert hat. Gleichzeitig wird belegt, dass die Aufmerksamkeit wächst. Zunehmende Globalisierung, Diaspora-Bildung und Migration lassen das Problem nicht kleiner werden. Ihm adäquat zu begegnen, ist nicht nur ein Fall für Vorschriften und gegebenenfalls strafrechtliche Ahndung, sondern vor allem eine Aufgabe von Beratungs- und Hilfsangeboten, an denen es noch sehr mangelt.

Zur Integration von Migrantinnen und Flüchtlingen gehört auch, ihnen – auch im Sinn von Prävention! - zu vermitteln, dass Gewalt und Zwang gegen Kinder, Frauen und selbstverständlich auch gegen Männer im Widerspruch zu europäischen Werten stehen und dass das Selbstbestimmungsrecht uneingeschränkt auch für Frauen gilt. Das gern im Namen der Ehre!

Karin Junker

SPE, Deutschland (1989-2004)

karin.junker@t-online.de

POLITIK UND DIGITALE KOMMUNIKATION

Mit der digitalen Revolution wurden die Verhältnisse in der politischen Kommunikation auf den Kopf gestellt. Es gibt eine Zeit „davor“ und eine Zeit „danach“.

In der Zeit „davor“ ging man davon aus, dass „Politik“ – sowohl als Gedanke als auch als Tat – ausschließlich im öffentlichen Raum stattfand: in den Parteien, am Arbeitsplatz, in den Thinktanks, den Gewerkschaften, den Interessenverbänden und selbstverständlich in den Parlamenten. Politik entstand also in der Konfrontation und im Dialog, die in „realen“ sozialen Kontexten stattfanden. Die „Kommunikation“ war demnach das Werkzeug der Politik. Sie war das „Mittel“, mit dem Überzeugungen und Projekte verbreitet wurden, die wiederum im gemeinsamen Austausch weiter reiften.

All dies besteht selbstverständlich weiterhin. Wir befinden uns jedoch in einer Phase des Übergangs, denn die Zeit „danach“ hat bereits begonnen. In der Zeit „danach“ ist die Kommunikation nicht mehr das Werkzeug der Politik, sie ist vielmehr selbst zur Politik geworden.

Die Verhältnisse haben sich umgekehrt. Heutzutage spricht man von „Politik als Kommunikation“, die, als Main-Stream, in den Tiefen des virtuellen Raumes von voneinander isolierten Nutzern in den sozialen Netzwerken gemacht wird.

Noch bis vor kurzem besaß die traditionelle „Politik“ die Mittel, um das Internet zu kontrollieren. Beispielsweise vermochte es Barack Obama im Rahmen seiner ersten Wahlkampagne, die Kräfte der versprengten Meinungen im Netz für seine Zwecke zu bündeln, und zwar im Rahmen der sogenannten „meet-ups“. Auf diese Weise gelang es der „Politik“, die virtuellen Communities im Netz im realen Leben zu einer Gemeinschaft zusammenzuschweißen. Die „Kommunikation“ war also noch immer das Werkzeug der Politik.

Dann vollzog sich – fast geräuschlos – der große Umbruch. Die Politik wird immer mehr zum Sklaven und Adepten des Internet. Die Emotionen, Wahrnehmungen und Stimmungen im Internet sind selbst zur „Politik“ geworden. Wahlen gewinnt derjenige, der die im Netz geäußerten Meinungen am geschicktesten aufgreift und für sich beansprucht. Dabei darf man nicht vor Widersprüchen zurückschrecken; denn die Grundlage dieser Meinungen ist das wechselhafte Tagesgeschäft, ohne Erinnerung an die Vergangenheit geschweige denn einer Vision für die Zukunft.

Kann man all das als direkte Demokratie bezeichnen?

Nein. Das wäre ein Fehler. Auch die legendäre direkte Demokratie in der Polis Athen beruhte auf einer Entscheidung, die einem kollektiven Denkprozess entsprang. Es ist schier undenkbar, dass eine derartige rationale Dialektik mit geregelten Argumentationsstrukturen heutzutage in dieser Umgebung entstehen kann. Nichts dergleichen findet sich in der „Gesamtheit“ der Meinungen im Netz. Diese Meinungen werden nicht etwa in der Diskussion gegeneinander „abgewogen“, sondern lediglich grob „gezählt“.

Auf diese Weise ist die Kommunikation, die der Politik ursprünglich als Werkzeug diente, – wie Franksteins Monster – unter dem Deckmantel der „Rebellion“ gegen die Formen, Verfahren und Institutionen der traditionellen Politik selbst zum Wesen der Politik geworden: Das ist die Geburtsstunde der „Anti-Politik“.

Die erste Zielscheibe dieser Anti-Politik sind fast naturgemäß die Parlamente, oder vielmehr die grundlegende Idee eines Parlaments, die auf Abwägung und Dialog gründet.

Jeder von uns kann Zeuge dieser Perversion der politischen Kommunikation werden, wenn er sich in die sozialen Netzwerke begibt. Populistische Bewegungen können bei Wahlen ohne große Schwierigkeiten davon profitieren, indem sie einfach die Welle der gerade aktuellen Meinung reiten.

Es kommt also eine bedeutende demokratische Frage aufs Tapet. Es geht jedoch nicht allein darum, die parlamentarischen Institutionen zu verteidigen, auch wenn das ein wichtiger Aspekt ist. Die grundlegende Frage, die sich stellt, ist, wie unschuldig das Internet ist und wie spontan sich die Meinungen bilden, die darin auftauchen.

Durch den technologischen Fortschritt, aus dem die digitale Revolution hervorging, wissen wir, dass diese Meinungen von oben gelenkt und manipuliert werden können. Wir wissen, dass die (privaten) Eigentümer von Suchmaschinen und sozialen Netzwerken auch über umfassende Möglichkeiten verfügen, Inhalte zu beeinflussen. Auf diese Weise können sie Wahlentscheidungen und damit die parlamentarischen Institutionen beeinflussen.

Die grundlegende Frage nach der Freiheit, die sich mit der neuen Art politischer Kommunikation im digitalen Zeitalter stellt, ist also die Frage nach einer wirksamen Kontrolle im Interesse der Allgemeinheit, mit der verhindert wird, dass einige wenige private Bereiche missbrauchen.

Die Politik in Europa muss sich neu erfinden und derartige Kontrollverfahren finden. Es geht darum, die politische Kommunikation im digitalen Raum zu „demokratisieren“, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen gegenüber denjenigen, die sie lenken und für ihre eigenen Zwecke verzerren können; zum anderen gegenüber denjenigen, die sie für eine Ideologie vereinnahmen wollen.

Es handelt sich um einen demokratischen Kampf gegen jede Form von Beeinflussung, mit dem das System der Freiheit, auf dem die Identität der EU gründet, geschützt werden soll.

Andrea Manzella

PSE, Italien (1994-1999)
an.manzella@gmail.com

„FAKE NEWS“

Gezielte Falschmeldungen sind nichts Neues. Sowohl aus der europäischen als auch aus der außereuropäischen Geschichte kennen wir viele Beispiele für damalige „Fake News“. Aus den Quellen geht beispielsweise eindeutig hervor, dass Julius Cäsars Erbe Augustus und sein Rivale Mark Anton einen regelrechten „Desinformations-Krieg“ führten. Minderheiten wie Juden oder Roma wurden jahrhundertlang zu Unrecht Hexerei oder Verbrechen unterstellt. Auch heutzutage ist die Welt voll von Falschmeldungen, unbegründeten Gerüchten und Halbwahrheiten.

Die Verbreitung falscher Informationen ist so alt wie die Menschheit. Warum rufen Desinformation und „Fake News“ dann heute so viel Besorgnis hervor? Wahrscheinlich sind sich alle dahingehend einig, dass sich falsche Informationen negativ auf unsere offenen und freien Gesellschaften auswirken, zu deren Grundpfeilern die Meinungsfreiheit und das Recht auf freien Zugang zu Informationen gehören. Falsche Informationen führen zu falschen Vorstellungen und falschen Realitäten, führen die Bürger in die Irre und untergraben damit unsere Demokratien.

In den vergangenen zehn Jahren sind Internetplattformen und die sozialen Medien für viele von uns zur wichtigsten Nachrichten- und Informationsquelle geworden – in dem Maße, dass inzwischen geheime Algorithmen Einfluss darauf nehmen, welche Informationen einen jeden Einzelnen von uns erreichen. Das Ergebnis ist das, was wir als eine „Filter Bubble“, eine Informationsblase bezeichnen. Beispielsweise wird das Aufrufen von Websites traditioneller Medien in ungefähr drei von vier Fällen von Facebook und Google kontrolliert.

Wer zieht daraus Vorteile? Neben den traditionellen Medien gibt es inzwischen Start-up-Unternehmen und neue Ideen, durch die sich die Art und Weise der Erstellung und Verbreitung von Nachrichten ändert. Manchmal sind es auch einfach Privatpersonen, die ihre eigenen Inhalte erstellen. Wir alle kennen erfolgreiche YouTuber, die sich einen Nischenmarkt geschaffen haben und mit ihrem Hobby Geld verdienen. Das Problem ist die andere Seite dieses weiten Universums: Unter diesen neuen Quellen von Inhalten und damit Einkommen, deren Daseinsberechtigung außer Frage steht, versteckt sich ein bunter Haufen von Personen und Gruppierungen, die daran interessiert sind, durch die Verbreitung falscher Informationen die öffentliche Meinung zu manipulieren. Sowohl während der Präsidentschaftswahl in den USA im Jahr 2016 als auch in verschiedenen Mitgliedstaaten wurden Websites zur Verbreitung falscher Informationen eingerichtet, mit dem Ziel, Einfluss zu gewinnen, oder auch einfach nur, um über das Schalten von Werbeanzeigen Geld zu verdienen.

Dies hat den besorgniserregenden Effekt, dass das Vertrauen der Bürger in digitale Informationen weiterhin außerordentlich gering ist. Aus einer Eurobarometer-Umfrage ging jüngst hervor, dass sogar seriösen Meldungen, die in den sozialen Medien veröffentlicht wurden, nur 7 % der Befragten Glauben schenken. Wenn wir diese Zahl vor dem Hintergrund betrachten, dass die sozialen Medien die wichtigste Informationsquelle für Europäer im Alter von unter 35 Jahren darstellen, wird wohl niemand mehr der Ansicht widersprechen, dass die Verbreitung von falschen Informationen im Internet eine wesentliche Gefahr darstellt, auf die reagiert werden muss.

Es ist nicht Aufgabe der Europäischen Kommission, als eine Art gesamteuropäisches Ministerium für Wahrheit zu agieren. Die Definition dessen, was wahr ist, entsteht in pluralistischen Gesellschaften wie den unseren durch offene Diskussionen und Auseinandersetzungen. Aber genau aus diesem Grund muss sichergestellt sein, dass den Bürgern hochwertige Inhalte zur Verfügung stehen, die ihnen dabei helfen, sachkundig bewusste Entscheidungen zu treffen.

Präsident Juncker hat dies in seiner Absichtserklärung vom 13. September anerkannt, in der er schrieb, dass die Politik dringend auf das Problem der „Fake News“ reagieren muss. Wir haben es dabei mit einer komplexen Herausforderung zu tun: Nicht nur, weil wir dazu festlegen müssen, was genau wir unter „Desinformation im Internet“ verstehen, sondern auch, weil eine politische Reaktion auf dieses Problem die bürgerlichen Freiheiten, sprich unsere offenen und demokratischen Wahlmöglichkeiten, nicht einschränken darf. Im Rahmen möglicher Lösungsansätze müssen die Meinungsfreiheit geachtet und der Medienpluralismus gewahrt werden und gleichzeitig muss der Zugang zu seriösen Informationen, die das Ergebnis eines professionellen, ethischen Journalismus sind, sichergestellt werden.

Die Kommission hat bereits eine Strategie entwickelt, um die Verbreitung von illegalen Äußerungen, Hass, Gewalt und Terrorismus im Internet einzudämmen. Sie hat vor kurzem neue Bestimmungen über die Verfahren für die Meldung und Entfernung entsprechender Inhalte und die Verantwortlichkeit von Online-Plattformen erarbeitet. Durch eine von der Kommission ins Leben gerufene Partnerschaft, an der auch die Industrie, die Zivilgesellschaft und die öffentliche Hand beteiligt sind, sollen Minderjährige besser vor rechtswidrigen oder gefährlichen Inhalten geschützt werden. Über die East Stratcom Task Force bekämpfen wir außerdem die Falschinformationen, die

von einem bestimmten Land systematisch mit dem Ziel in Umlauf gebracht werden, die osteuropäischen Demokratien zu schwächen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir noch umfassendere Maßnahmen entwickeln können, wenn wir alle unsere Bemühungen zusammenbündeln und die traditionellen Medien, Online-Plattformen, die Zivilgesellschaft und die Bürger miteinbeziehen. Aus diesem Grund sind wir gerade dabei, einen Konsultationsprozess in die Wege zu leiten, um zahlreiche wichtige Themen, wie Systeme zur Meldung und Überprüfung von Falschmeldungen und die Transparenz von Algorithmen, im Dialog mit den Bürgern zu erörtern. Um Lösungen zu finden, müssen wir offene Gespräche mit den wichtigsten Online-Plattformen führen. Das Finden von Lösungen ist sowohl in ihrem Interesse als auch in dem aller Europäer.

Das allein reicht selbstverständlich nicht aus. Wenn wir versuchen wollen, dieses Problem zu lösen, sind die traditionellen Medien und die Medienkompetenz der Bürger Themen, die es in gleichem Maße zu berücksichtigen gilt. In der Vergangenheit wussten die Bürger bei der Nutzung von Medien oft, welche Ansichten das jeweilige Medium vertrat. Heute ist es angesichts des ständig zunehmenden Angebots an Medien und Informationen sehr viel schwieriger, ein solches Wissen zu erwerben.

Verschiedene Pilotmaßnahmen, die vom Europäischen Parlament gefördert werden, werden uns in die Lage versetzen, **Projekte zur Förderung von Medienkompetenz und hochwertigem Journalismus zu unterstützen**. Es werden gegenwärtig bereits mehrere Initiativen vorbereitet, mit denen ein Beitrag zu einem ausgeglichenen Verhältnis von Online-Plattformen und traditioneller Presse geleistet werden soll und Verlage dadurch in die Lage versetzt werden sollen, hochwertigen Journalismus finanziell zu unterstützen. Dazu gehören beispielsweise die Vorschläge für eine Reform des Urheberrechts, die zu einer Stärkung der Verhandlungsposition von Verlegern gegenüber Internetplattformen führen könnte, außerdem die finanzielle Förderung einer hochwertigen Berichterstattung über europäische Angelegenheiten sowie die Unterstützung von Projekten, mit denen Risiken im Hinblick auf die Pressefreiheit und Medienpluralismus überwacht werden sollen.

Zur Bekämpfung von Falschmeldungen ist auch eine aktive Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sowie der Mitgliedstaaten untereinander erforderlich. Um Fragmentierung zu vermeiden, müssen wir auf den Erfahrungen, die auf nationaler Ebene vorhanden sind, aufbauen.

Durch Maßnahmen auf EU-Ebene vermeiden wir eine solche Fragmentierung und sorgen für eine größere Wirksamkeit unserer Lösungsansätze.

Ich glaube fest daran, dass wir zusammen bessere Lösungen entwickeln und den Einfluss von Falschmeldungen einschränken können. Falschmeldungen völlig beseitigen zu wollen, ist vielleicht ein zu ehrgeiziges Ziel. Aber wir haben genug Zeit damit verbracht, uns anzuhören, dass dies ein großes Problem ist, das nicht gelöst werden kann, weshalb wir uns gar nicht erst damit beschäftigen sollten. Wir können es zumindest versuchen.

Denken wir daran: Wahre, überprüfte und objektive Nachrichten bescheren uns mindestens drei wesentliche Vorteile: Eine reichere Debatte, besser informierte, stärkere Bürger und damit nicht zuletzt stärkere Demokratien.

Mariya Gabriel

EU - Kommissar für

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

WÄHLEN SIE IHRE ZUKUNFT: DIE INSTITUTIONELLE KOMMUNIKATIONSSTRATEGIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR EUROPAWAHL 2019

In einer Zeit des Optimismus im Euro-Währungsgebiet und der grassierenden Euroskepsis in den Mitgliedstaaten, die im Isolationismus des Brexit auf die Spitze getrieben wurde, mag es voreilig sein, zu verkünden, das Europäische Parlament „gehe mit der Zeit“. Der Austausch mit den Bürgern und der Kontakt mit dem Parlament sind jedoch eine Konstante.

Die Medienberichterstattung war bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 fünfmal so groß wie 2009, was zum Teil dem Wahlkampf mit den „Spitzenkandidaten“ zu verdanken war. Im Jahr 2019 wird es aber eine neue Situation geben. Wenn man nach draußen auf das stürmische Herbstwetter in Brüssel blickt, so scheint die Lage, die Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 13. September 2017 beschrieben hat, Wirklichkeit geworden zu sein: „Wir können nun eine Chance ergreifen, die sich uns aber nicht ewig bieten wird. Wir sollten diesen Augenblick nutzen, solange wir Wind in den Segeln haben.“

Bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Strategie für die Europawahl im Jahr 2019 besteht das Ziel darin, den sprichwörtlichen Wind in den Segeln zu nutzen, so kurz er auch nur wehen mag. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die politischen, sozialen und digitalen Rahmenbedingungen, mit denen wir es heute zu tun haben, gewandelt haben.

Internationaler Terrorismus, zunehmend unvorhersehbare Beziehungen mit China, Russland und den Vereinigten Staaten, der ständige Schatten der Brexit-Verhandlungen, das Aufkommen gezielter Falschmeldungen und die Migrationsströme waren wohl kaum im Blick der meisten EU-Bürger, als sie 2014 zur Wahl gingen.

Als ein Spiegel der europäischen Gesellschaft ist das Europäische Parlament voll und ganz Teil dieser sich rasch ändernden Gegebenheiten und sollte dem Rechnung tragen. Im Hinblick auf eine erfolgreiche Europawahl 2019 müssen wir uns daher den gegenwärtigen Realitäten stellen und dürfen nicht davor zurückschrecken, einen ehrgeizigen und innovativen Strategieansatz zu entwerfen.

Angesichts der Krise und zunehmenden Verantwortung des Europäischen Parlaments ist es wichtiger denn je, Kontakte zwischen den Medienfachleuten des Parlaments und Journalisten zu knüpfen, die sich auf Loyalität und Vertrauen gründen. Bei dem Streben nach einem gemeinsamen Ziel müssen wir die Menschen über die Tätigkeiten des Parlaments auf unparteiische und objektive Art und Weise informieren und gezielter Desinformation entgegenreten.

Während dies für die Organe bei der Knüpfung von Kontakten mit den Medien und Journalisten gilt, ist es gleichzeitig von wesentlicher Bedeutung, Beziehungen zu den Bürgern aufzubauen. Trotz der erkennbaren Fortschritte im Jahr 2014 ist es immer noch schwierig, jeden einzelnen Bürger zu erreichen. Sei es nun die immanente Abgehobenheit der EU, die Schwierigkeit der Bürger, sich ein Bild darüber zu machen, was in Brüssel eigentlich vor sich geht, oder die Komplexität der Entscheidungsprozesse, so erschweren all diese Faktoren die Kommunikationspolitik des Parlaments.

Deshalb ist es von grundlegender Bedeutung, dass das Parlament die Bedeutung der Wahlen in ihrem weiter gefassten Kontext im Blick behält, denn bei ihnen kommt die europäische Demokratie in vollem Umfang zum Ausdruck. Sie sind der Augenblick, in dem die Bürger wählen können, in welche Richtung die EU in den folgenden fünf Jahren gehen soll; jede neue politische Konstellation im Europäischen Parlament ist ein Mikrokosmos der Gesellschaft in der EU, die die aktuelle Stimmungslage der Unionsbürger widerspiegelt.

Die Wahl stellt einen Scheideweg dar. Durch die Wahl des Jahres 2019 wird die Zukunft Europas gestaltet. Aufgabe des Parlaments ist es, die Bürger stärker auf die Wahl aufmerksam zu machen, ihnen die Bedeutung der Wahl stärker bewusst zu machen und sie dabei zu unterstützen, fundierte Entscheidungen zu treffen. Daher wird es bei der Wahlstrategie darum gehen, eine so weite und vielfältige Öffentlichkeit wie nur möglich zu erreichen.

Damit eine größtmögliche Wirkung erzielt wird, das heißt möglichst viele potenzielle Wähler auch tatsächlich zur Wahl gehen, müssen mehr gezielte Entscheidungen in Bezug auf die Zielgruppen getroffen werden. Bei der Kampagne 2019 muss ein besonders Gewicht darauf gelegt werden, die Teile der Gesellschaft zu erreichen, die der EU gegenüber positiv eingestellt sind, jedoch nicht zur Wahl gehen.

Meinungsführer, Jugendliche (15-24 Jahre) und Schüler und Studenten sind drei wesentliche proeuropäische Zielgruppen. Ungeachtet ihrer proeuropäischen Einstellungen ist die Zahl der Nichtwähler unter diesen gesellschaftlichen Gruppen dennoch nach wie vor hoch. Daher ist es nur logisch, sie als Zielgruppe für die Kampagne auszuwählen.

Die Bestimmung einer potenziellen Zielgruppe ist aber nur ein Teil des Prozesses, denn die Motivierung und Mobilisierung der relevanten Personen, zur Wahl zu gehen, ist das gewünschte Ziel. Eine Strategie, die aus einer Mischung der Verbreitung von Botschaften und der Nutzung sozialer Medien besteht, dürfte am wirkungsvollsten sein. Der Begriff „Botschaft“ gehört zu dem übergreifenden Narrativ, das in der Kampagne vermittelt werden soll.

Bei der Formulierung einer Botschaft und die Schaffung einer Bewegung mit einer wahrhaft mobilisierenden Kraft ist es vonnöten, dass die angesprochenen Menschen das Gefühl haben, Teil von etwas Größerem zu sein. Sie sollen erkennen, dass sie etwas zu sagen haben und die Richtung vorgeben. Was die Jungwähler und Meinungsmacher angeht, so soll die Strategie der Botschaften von „Wählen Sie Ihre Zukunft“ vorwärtsgewandt sein und die Idee vermitteln, dass Veränderungen möglich sind, wenn die entsprechende Wahl getroffen wird.

Eine aktive Nutzung der sozialen Medien wird dem Europäischen Parlament ebenfalls dabei helfen, die „digitale Generation“ zu erreichen. Der ganze Aufwand muss aber am Ende dazu führen, dass die Menschen zur Wahl gehen. Die Aktualisierung des Status „Ich habe gewählt“ auf Facebook, Wahlbanner auf Twitter und ein Google-doodle zur Europawahl erfreuten sich 2014 großer Beliebtheit und sollten daher 2019 erneut zum Einsatz kommen.

Gleichwohl müssen wir uns an das sich ständig verändernde Umfeld der sozialen Medien anpassen und neue Kommunikationsinstrumente für die Wahl entwickeln. Ein Beispiel sind Chatbots, automatisierte Konten in Nachrichten-Apps, über die Antworten auf eine Vielzahl praktischer Fragen eingeholt werden können (z. B.: „Wo ist das nächste Wahllokal?“).

Die Bewältigung technischer Schwierigkeiten ist für die Wähler von grundlegender Bedeutung. Damit die Wahlkampagne 2019 aber ihre volle Wirkung entfalten kann, muss sie proeuropäisch sein. Deshalb sollte mit dem Wahlkampf im Vorfeld der Europawahl nicht nur das Ziel verfolgt werden, die Wähler an die Urnen zu bringen, sondern sie sollten auch überzeugt werden, das europäische Projekt zu unterstützen.

Auch nach 2019 muss der Kampf gegen jene geführt werden, die das europäische Aufbauwerk niederreißen und zu einem Europa zurückkehren wollen, in denen Staaten Gegenspieler und die Menschen die Leidtragenden sind. Dieser Kampf muss an vielen Fronten geführt werden, und sein

Ausgang wird darüber entscheiden, welches Bild Europa in 30 Jahren bietet. Die Europawahl 2019 ist unsere Chance, das Narrativ in unsere Richtung zu lenken.

Jaume Duch Guillot

Sprecher und Generaldirektor
für die Kommunikation der
Europäisches Parlament.
@jduch

JUGEND, POLITIK UND KOMMUNIKATION: SO GEHTS

Junge Menschen haben sich schon immer aktiv an dem öffentlichen Leben demokratischer Gesellschaften beteiligt. Sie setzen selbstverständlich andere politische Prioritäten als andere Altersgruppen und mit ihrem Engagement wird der Erhalt der Demokratie erst möglich. Mit der Alterung der Gesellschaft in Europa ist es noch wichtiger geworden, dass junge Menschen sich einbringen. Dies aber geschieht oft nicht: Weniger als ein Drittel aller jungen Menschen (18-24 Jahre) gaben bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament ihre Stimme ab.² Die Beteiligung der jungen Menschen am Referendum in Großbritannien war mit 64 % etwas höher, aber nicht so hoch, wie sie bei einer Abstimmung von so epochaler Bedeutung hätte sein sollen.³ Im Hinblick auf die kommende Wahl zum Europäischen Parlament in 18 Monaten sollten wir uns daher nicht nur mit den Problemen der europäischen Demokratie befassen, sondern auch damit, wie Politiker mit jungen Menschen kommunizieren.

Vor allem ist „die Jugend“ keine einheitliche Gruppe, so dass für erfolgreiches Kommunizieren mehr als ein Ansatz erforderlich ist. „Die Jugend“ besteht aus ganz unterschiedlichen Menschen, von denen manche in Parteien aktiv sind, andere sich in nichtstaatlichen und überparteilichen Jugendorganisationen wie der unseren engagieren, und wieder andere in Bewegungen tätig sind, die zur Durchsetzung eines einzigen Ziels — wie LGBTQIA-Rechte oder der Kampf gegen den Klimawandel — entstanden sind. Was wir aber gemeinsam haben, sind die für die Generation der „Millennials“ typischen Dimensionen der Kommunikation, d.h. die Nutzung sowohl des realen als auch des digitalen Raums. Im realen Leben engagieren sich junge Menschen häufig in Jugendorganisationen. Dies muss jedoch mit langfristigen Zielen im Interesse der Gesellschaft gekoppelt werden: Wenn junge Menschen das politische System nicht verstehen und ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger nicht kennen, werden sie nicht daran interessiert sein, mehr über die konkrete politische Arbeit zu erfahren. Leider steht politische Bildung in den meisten Schulen in Europa nicht in ausreichendem Umfang auf dem Lehrplan; über die Arbeitsweise der EU erfahren die Schüler noch viel weniger. Es ist also kein Wunder, dass Google Trends vermeldete, am Tag nach der Volksbefragung in Großbritannien sei die

² Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments (2015). Young people engaged but not voting, abgerufen: 1. Oktober 2017: <https://epthinktank.eu/2015/12/14/young-people-engaged-but-not-voting/>

³ Helm, Toby (2016). EU referendum: youth turnout almost twice as high as first thought, „The Guardian“.

abgerufen: 1. Oktober 2017: <https://www.theguardian.com/politics/2016/jul/09/young-people-referendum-turnout-brexite-twice-as-high>

Frage „Was ist die EU“ massenhaft in die Google-Suchmaschine eingegeben worden.⁴ Da es in diesem Bereich also deutliche Mängel gibt, arbeiten unsere Mitglieder eng mit Schulen zusammen. Das große Interesse, auf das unser Netzwerk dabei stößt, macht deutlich, dass es einen Bedarf für die Vermittlung dieser Inhalte gibt, auf den Entscheidungsträger auf allen politischen Ebenen eingehen sollten.

Die sozialen Medien sind inzwischen fester Bestandteil des Alltags vor allem junger Menschen. Wie viele andere Bereiche unseres Lebens haben sich auch die politischen Diskussionen dorthin verlagert. Daher sollten wir uns in unserem Bemühen, die Jugend zu erreichen, eher die Frage stellen, wie wir die in den traditionellen Medien stattfindende Debatte mit den Debatten in den sozialen Medien verbinden können. Zurzeit scheinen beide Diskurse nebeneinander her zu laufen.

Unsere Empfehlung an die Politiker lautet, ebenfalls in den sozialen Medien aktiv zu werden. Es lohnt sich, sich ein Bild davon zu machen, welche Plattform von den jungen Menschen einer bestimmten Region am häufigsten genutzt wird, und dort regelmäßig inhaltlich relevante Mitteilungen einzustellen. Dabei müssen jedoch drei Grundsätze beachtet werden: Erstens sind die sozialen Medien genau dies: soziale Medien, und sie sollten entsprechend genutzt werden. Die Politiker müssen die Nutzer ernst nehmen. Zum Beispiel sollten Reaktionen oder Antworten auf eine Mitteilung wie ein digital formuliertes Anschreiben eines Bürgers behandelt werden. Konten bei sozialen Medien, auf denen nur Mitteilungen eingestellt werden und Reaktionen von Nutzern keine Beachtung finden, sind nur selten erfolgreich. Bei der Gestaltung ihrer Auftritte in sozialen Medien sollten Politiker also eine Komponente vorsehen, die das Engagement der Nutzer beobachtet und es möglich macht, über die Auffassungen des Entscheidungsträgers selbst zu reflektieren. Zweitens sollte man junge Menschen nicht unterschätzen. Zwar kann man über das Ende der Roaminggebühren jubeln, aber der Mensch ist mehr als nur ein Homo oeconomicus. Wir sehen, dass es in unserer Generation viele Arbeitslose gibt und dass zahlreiche Menschen die Fahrt über das Mittelmeer antreten, um sich ein besseres Leben aufzubauen. Dieses Themen sind für uns genauso wichtig. Drittens aber müssen die sozialen Medien an Interaktionen in der realen Welt, die Aufnahme und Intensivierung von Kontakten gekoppelt werden. Die Politiker sollten die Möglichkeit nutzen, Gruppen wie zum Beispiel das Europäische Jugendforum, die hierbei Unterstützung anbieten können, indem sie etwa junge Menschen mit ihrer Arbeit vertraut machen, um Hilfe zu bitten.

Trotz all ihrer Vorteile hat die digitale Revolution auch Nachteile: Twitter etwa macht es jedem Menschen möglich, Nachrichten zu verbreiten. Dies führt dazu, dass einige Entscheidungsträger antworten, noch bevor sie die Tatsachen genau kennen. Zudem fördert Twitter mit seiner Einschränkung der Länge der Tweets eine Schwarz-Weiß-Darstellung von komplexen Sachverhalten. Es ist einfach, Tatsachen verzerrt darzustellen, doch das Aufdecken von Lügen schwierig, was die Glaubwürdigkeit anderer, vertrauenswürdiger Akteure untergräbt. Plattformen, die stark von Algorithmen abhängen, stellen zudem einen ausgezeichneten Nährboden für die Entstehung von Echokammern dar, da sie darauf abzielen, dass die Nutzer mehr Zeit im Netz verbringen, und deshalb weniger Posts zeigen, die deren Meinung widersprechen könnten. Diese Tendenz zur Bestätigung der Meinung des Nutzers ist vor allem für Teenager gefährlich, denn das Bewusstsein, dass es andere Meinungen gibt, und die Fähigkeit, kritisch zu denken und mit anderen zu diskutieren — Fähigkeiten, die erforderlich sind, um eine demokratische Gesellschaft zu erhalten — werden geschwächt, wenn keine abweichenden Auffassungen sichtbar werden. Eine Untersuchung des Pew Research Center hat gezeigt, dass 62 % der Nutzer in den USA ihre Nachrichten über die sozialen Medien aufnehmen; aus einer anderen Untersuchung geht hervor, dass 59 % der 2,8 Mio. Artikel, die in sozialen Netzwerken

⁴ Rosalie Chan (2016). Brexit: U.K. googling what the EU is hours after voting to leave, abgerufen: 2. Oktober 2017: <http://time.com/4381612/uk-brexite-google-what-is-the-eu/>

geteilt wurden, vor dem Teilen nicht gelesen wurden.^{5 6} Daher müssen wir neu überdenken, wie wir uns unsere Gesellschaft vorstellen: Wie wichtig sind uns Qualitätsjournalismus und das Überprüfen von Nachrichten? Wie können wir kritisches Denken fördern und die Medienerziehung verbessern?

Einiges ist bereits besser geworden: Auch wenn Twitter, dessen wichtigste Eigenschaft es ist, griffige Einzeiler zu fördern, den gegenwärtig zu verzeichnenden Anstieg des Populismus gefördert hat, sind doch so genannte Twitter-Threads, d.h. Diskussionsbeiträge, die sich über mehrere aufeinander folgende Tweets erstrecken, in politischen Debatten inzwischen üblich geworden. Sowohl die Plattformen als auch die Nutzer müssen weitere Schritte in diese Richtung machen.

Bei der Vermittlung von Politik muss dringend ein Ausgleich zwischen wirksamen Kommunikationsstrategien und einer vernünftigen, durchdachten Politik gefunden werden.

Leonie Martin

Vizepräsident von JEF Europe

@ Leoniemartin90

leonie.martin@jef.eu

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER EU UND DEN VEREINIGTEN STAATEN WERDEN PRÄSIDENT TRUMP ÜBERDAUERN

Die politische Stimmung in den Vereinigten Staaten hat sich seit der Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr erheblich verändert. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Vereinigten Staaten innerhalb der damals geschaffenen multilateralen Institutionen eine Schlüsselrolle eingenommen. In den frühen fünfziger Jahren waren sie einer der wesentlichen Fürsprecher der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft, die später zur Europäischen Union wurde. Über die Jahre haben die Vereinigten Staaten und die Europäische Union eng zusammengearbeitet, um die Basis für eine Kooperation zwischen und mit Ländern unterschiedlicher Größe und Kultur zu schaffen. Der zunehmende Multilateralismus hat für die Welt insgesamt Vorteile gebracht, da er zu einem Klima beigetragen hat, in dem eine offenere Regierungsführung sowie Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten vorherrschen. Durch die multilateralen Einrichtungen wurde auch die Ausarbeitung gemeinsamer Ansätze gefördert, um globalen Probleme wie dem Klimawandel, Migrationsströmen und Terrorismus zu begegnen.

Eine Woche vor unserem Besuch in Washington hat Präsident Trump jedoch eine ganz andere Vision dargelegt: Die Rückkehr zu einer Weltordnung, die durch die Souveränität einzelner Staaten und die ausschließliche Ausrichtung auf nationale Interessen geprägt ist – frei nach der Maxime: „Alles ist erlaubt“. Seine Vision „America First“ markiert eindeutig den Abschied von dem Konsens, der in

⁵ Gottfried, J., Shearer, E. (2016). News use across Social Media Platform 2016, Pew Research Center. abgerufen: 30. September 2017: <http://www.journalism.org/2016/05/26/news-use-across-social-media-platforms-2016/>

⁶ Maksym Gabielkov, Arthi Ramachandran, Augustin Chaintreau, Arnaud Legout (2016). Social Clicks: What and Who Gets Read on Twitter? *ACM SIGMETRICS / IFIP Performance 2016*, Antibes Juan-les-Pins.

außenpolitischen Fragen jahrzehntelang von beiden Parteien in den Vereinigten Staaten geteilt wurde.

Nationalismus versus Internationalismus war das prägende Thema unseres Besuchs. Unsere Gespräche im Außenministerium zeugten von der schwindenden Bedeutung, die diesem zukommt. Bisher wurden vom Senat nur einige wenige leitende politische Mandatsträger bestätigt, der sechste und siebte Stock des Ministeriums stehen mehr oder weniger leer und sein Budget wurde um über 10 % gekürzt (jedoch nicht um die ursprünglich vorgesehenen 30 %). Gleichzeitig beruhigte es uns jedoch, von den ständigen Mitarbeitern zu hören, dass die Regierung zu der Einsicht gelangt ist, dass ein starkes Bekenntnis zu den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der EU ein wesentliches Element für die Verteidigung der US-amerikanischen Interessen darstellt, auch wenn viele Handelsfragen noch offen sind. Auch während anderer Treffen wurde uns diese Botschaft vermittelt.

Ein Ergebnis unseres Besuches war jedoch die klare und wenig beruhigende Bestätigung, dass das Land gespalten ist. Was uns während der Gespräche über einen möglichen atomaren Konflikt mit Nordkorea und die potenzielle Weigerung von Präsident Trump, die Einhaltung des Atomabkommens von 2015 durch Iran zu bestätigen, jedoch wirklich auffiel, waren die Diskrepanzen zwischen den mehr oder weniger einstimmigen Standpunkten seiner Berater und dem ausgeprägten Instinkt von Präsident Trump für radikale Maßnahmen. Die meisten von uns empfinden dieses neue politische Klima in einem Land, das seit Langem ein Verbündeter Europas ist, als sehr besorgniserregend.

Die bemerkenswerten Erklärungen, die Senator Corker, der weithin respektierte Vorsitzende des einflussreichen außenpolitischen Ausschusses des Senats, unlängst zur Instabilität des Präsidenten und der daraus resultierenden Möglichkeit eines neuen bewaffneten Konflikts abgab, enthielten nichts Neues, sollten aber zur erheblichen Besorgnis beitragen, die in Europa herrscht. Dass Präsident Trump den Brexit, den Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, begrüßt hat, erscheint im Rückblick im Vergleich zum Ernst der derzeitigen Situation als vernachlässigenswert.

Die Lehren für die Europäische Union sind nur zu eindeutig: Wie Bundeskanzlerin Merkel wiederholt angemerkt hat, stehen die EU und ihre Mitgliedstaaten den zahlreichen Herausforderungen, die sich innerhalb unserer Ländern und in ihrer Nachbarschaft stellen, allein gegenüber. Mehr denn je treffen auf Europa in seiner derzeitigen Lage die Benjamin Franklin zugesprochenen Worte zu: „ Wir müssen zusammenhängen, sonst werden wir einzeln hängen.“ Präsident Trump trägt durch sein Handeln erheblich zu einer größeren Einheit in Europa bei.

Die Schlussfolgerung, die sich aus unserem Besuch ziehen lässt, ist eindeutig: Die Vereinigten Staaten bleiben auch weiterhin ein äußerst wichtiger Partner für Europa. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass unsere bilateralen Beziehungen Präsident Trump überdauern werden!

Laurens Jan Brinkhorst

ELDR, Niederlande (1994 - 1999)

l.j.brinkhorst@gmail.com

RISSE IN DER AMERIKANISCHEN GESELLSCHAFT

Eigentlich übernahm Präsident Trump bei seiner Inauguration am 20. Januar 2017 eine nicht im schlechten Zustand sich befindende amerikanische Wirtschaft, die sich seit der Kredit- und Finanzkrise auf 5 % Arbeitslosigkeit und 2,4% Wirtschaftswachstum (EU-1,9%) erholt hatte.

Aber der langdauernde und harte Wahlkampf zeigte alte und **neue Trennungslinien auf, ökonomisch, politisch wie auch ethnisch-religiös und schließlich regional.**

Für uns, die wir die USA als große Gemeinschaft verschiedener Volksgruppen, Staaten mit einheitlichem Rechtssystem und Sprache als **Vorbild für die Europäische Union** sehen, ist es völlig neu, wenn in der Obama-Care-Diskussion (TV) um die Erhaltung eines gemeinsamen Gesundheitssystems gestritten wird.

Die Solidarität, die Grundlage eines Wohlfahrtsstaates, wird von den calvinistisch geprägten Republikanern in ihrem Streben nach Selbstverantwortlichkeit jedes Einzelnen verweigert.

Sie wenden sich gegen **jede Art der Umverteilung** etwa durch Unterstützung von Hilfsbedürftigen, Arbeitslosen durch wirtschaftlich Stärkere, die dafür schwer gearbeitet haben.

Das kommt auch bei dem Rentensystem und der Tax Reform zum Ausdruck.

Der Wahlkampf scheint immer noch anzudauern, so erhitzt sind die Fronten.

Unsere **Gesprächspartner, wie Botschafter David O'Sullivan**, den einige von uns noch aus seiner Brüsseler Zeit kannten, bestätigten **die zunehmende Blockbildung in der amerikanischen Gesellschaft**, so auch der Redner aus der Senats-Diskussion FMC Brian Baird, mit dem ich länger darüber sprach.

Mit gewichtigen Rednern hatten wir es auch bei der Diskussion an der Georgetown Universität und an der Johns Hopkins Universität zu tun. Man muss sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass die USA keine vom Staat finanzierten Partei-Stiftungen kennen, sondern die politische Kommentarbegleitung in der Hand von unabhängigen, unparteiischen Instituten liegt.

Der Vortrag über **Energiepreise an der Hopkins**, die durch Fracking enorm gesunken sind (wir merkten es an der ungehinderten Unterkühlung aller Gebäude) endete in einer frustrierten Schilderung über den geringen **Widerhall der Klimaschäden** durch den Klimawandel in der amerikanischen politischen Öffentlichkeit.

Allenfalls werden die Sorgen über starke Emissionswirkungen in Kalifornien ernst genommen.

Auch hier erscheint wieder der **Riss durch die Gesellschaft**, zwischen Umweltbewussten und jenen, die so viel wie möglich kostenlose Ressourcen, wie Luft, Wasser, Boden – auch auf das Konto zukünftiger Generationen – verbrauchen und denen ein Verständnis für nicht sofort sichtbaren Schäden, d.h. eine Vorsorge fremd ist.

Ein Krankheitskataster, wie in Deutschland, das die Folgeerscheinungen für die Gesundheit der Bevölkerung aufzeigt und große politische Wirkungen hat, wird nicht erhoben. Das Beispiel der höheren Immissions-Grenzwerte, wie in Kalifornien, wird von den anderen Staaten nicht übernommen.

Dem wissenschaftlichen Zusammenhang der Klimakatastrophen mit Orkanen und Flutwellen verweigert man das Gehör.

Das Interesse an der Migrationspolitik in der EU, speziell Deutschlands ist verständlich bei der hitzigen Diskussion zu der Einwanderungsbeschränkung der Trump Regierung.

Als Deutsche wurden wir nach den Wahlergebnisse der Merkel-Koalition gefragt, wobei eine gewisse Häme über den geringen Wahlerfolg auf Grund des zugelassenen Flüchtlingsstroms nicht zu überhören war.

Auch hier beim Thema: weitere Immigration in die Staaten, besonders durch Nicht-Weiße und Muslime erkennt man wieder die Angst noch mehr Andersartige in die Gesellschaft aufzunehmen.

Die Wahlergebnisse vom Januar zeigen den Osten der USA von Republikanern geprägt, den Westen und Süden, ausgenommen Kalifornien und Florida mehr demokratisch.

Der Präsident, der immer wieder seine Fans auf den Plan ruft, auch die Waffenlobby gegen die Kritiker der Waffengeste polarisiert noch zusätzlich und vertieft die Risse in der Gesellschaft.

Es ist wie wenn die Zentrifugalkräfte- zum Zentrum hin - erlahmen und die Zentripetalkräfte die Auflösung des Multistaatenbunds betreiben.

Ursula Braun-Moser

Deutschland

EVP (1984 - 1989)

EVP-ED (1990 - 1994)

braunmoser@aol.com

GASTKOMMENTAR ZUM THEMA „IRAN-NORDKOREA“

Die Regierung unter Trump ist mit zwei miteinander verknüpften Herausforderungen konfrontiert, dem Atomwaffenprogramm Nordkoreas und dem potenziellen Atomwaffenprogramm des Iran. Durch Präsident Trumps jüngste Entscheidung, den gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA) von 2015 zu „dezertifizieren“, auf den sich der Iran mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und Deutschland (P-5+1) verständigt hatte, könnte sich die Bewältigung beider Herausforderungen nun schwieriger gestalten. Er führte an, es gebe „viele Menschen, die glauben, dass Iran mit Nordkorea Geschäfte betreibt“, wofür es keine konkreten Anhaltspunkte gibt.

In seiner Erklärung vom 13. Oktober 2017, in der Trump seine Aussagen aus dem Wahlkampf wiederholte, bezeichnete er den JCPOA als einen „der schlechtesten und einseitigsten Verträge, dem die Vereinigten Staaten jemals beigetreten sind“, und dies obwohl durch das Abkommen die Zahl der Zentrifugen zur Urananreicherung um zwei Drittel reduziert wurde. Darüber hinaus wurde die Schwerwassereinrichtung in Arak zur Herstellung von Plutonium abgerissen und der Iran gezwungen, auf 98 % seines Kernbrennstoffs zu verzichten sowie die Menge des von ihm produzierten Kernbrennstoffs bis 2031 zu begrenzen. Auch enthält der JCPOA die weitreichendste Inspektionsregelung, die die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) jemals angewandt hat, und es wurde wiederholt festgestellt, dass der Iran die Vereinbarungen der Übereinkunft einhält.

Zugegebenermaßen stößt auch der JCPOA an seine Grenzen, denn die Beschränkungen sind befristet und laufen 2025 bzw. 2030 aus. Auch ist der Zugang zu Militäreinrichtungen nicht gestattet, und Irans

Raketenprogramm bleibt davon unberührt, von seiner Unterstützung des Terrorismus und anderen destabilisierenden Handlungen in der Region ganz zu schweigen. Das Atomabkommen war aber von Anfang an nicht dazu gedacht, das gesamte Verhalten des Irans abzudecken, wofür es andere US-Sanktionen gibt. Nach Ablauf der Fristen bleibt der Iran auch weiterhin gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet, keine Atomwaffen zu entwickeln.

Auf Anraten seines Teams für die nationale Sicherheit hat der Präsident das Abkommen nicht sofort aufgekündigt, da es zur gleichen Zeit eine Konfrontation mit Nordkorea gibt. Auch hat er nicht behauptet, der JCPOA verstöße gegen nationale Interessen Amerikas, was seinen Handlungsspielraum eingeschränkt hätte. Er wählte statt dessen den schmalen Grat des Gesetzes zur Überprüfung des Atomabkommens mit dem Iran von 2015 (Iran Nuclear Agreement Review Act), indem er angab, nicht attestieren zu können, dass die Aufhebung der Sanktionen gemäß dem JCPOA „angemessen und geeignet“ ist im Hinblick auf die Maßnahmen des Irans, „sein rechtswidriges Atomprogramm zu beenden“. Dann spielte er den Ball dem Kongress zu, der das Atomprogramm betreffende Sanktionen in einem beschleunigten Verfahren für eine Dauer von bis zu 60 Tagen verhängen kann. Der Präsident werde jedoch den Kongress nicht ersuchen, diese Sanktionen zu verhängen, sondern ihn vielmehr auffordern, zusätzliche Sanktionen außerhalb des JCPOA wegen Irans Raketenprogramm und seiner Unterstützung des Terrorismus zu beschließen. Außerdem kündigte er an, mit unseren Bündnispartnern zusammenzuarbeiten, um den „destabilisierenden Umtrieben des Irans“ in der Region zu begegnen. Gleichzeitig kündigte er an, sich zusammen mit dem Kongress und unseren Bündnispartnern den Schwachstellen in der Vereinbarung wie den Fristenregelungen zuzuwenden. Er werde den Kongress ersuchen, bestimmte rote Linien für das Verhalten des Irans gesetzlich festzuschreiben, die im Falle ihrer Überschreitung automatische erneute Sanktionen nach sich ziehen würden.

Dazu gehören Raketentests des Irans, die Weigerung einer Verlängerung der Beschränkungen seiner Kernbrennstoffproduktion und eine Einschätzung der US-Geheimdienste, dass der Iran in weniger als einem Jahr dazu in der Lage sein wird, Atomwaffen herzustellen.

Auch wenn es der Präsident vermieden hat, das Abkommen mit sofortiger Wirkung aufzukündigen, so hat er sein Land doch in eine Zwickmühle gebracht. Weder der Iran noch eines der anderen P5+1-Länder werden sich bereiterklären, den JCPOA wieder infrage zu stellen, auf den man sich nach langen und schwierigen Verhandlungen schließlich einigen konnte. Zwar hat US-Außenminister Tillerson erklärt, dass die übrigen bedrohlichen Aktivitäten des Irans in einem separaten Abkommen, das nicht zum JCPOA gehört, verhandelt werden könnten, aber der Iran wird wenig gewillt sein, darauf einzugehen, sofern ihm die USA bei den Sanktionen nicht in erheblichem Maße entgegenkommen werden, wovon jedoch nicht auszugehen ist. Der US-Präsident muss bis zum 12. Januar 2015 entscheiden, ob er der regelmäßigen Aussetzung der Atomsanktionen gemäß dem JCPOA für weitere sechs Monate zustimmen wird, was die Grundlage dafür war, dass der Iran den wesentlichen Einschränkungen seines Atomprogramms zugestimmt hat. Sollte dies nicht geschehen, dann ist der JCPOA gescheitert, und der Iran hätte dann bei seinem Atomprogramm völlig freie Hand.

Aber er wird dies wohl kaum machen können, sofern der Iran ihm mit seinen Handlungen keinen Anlass dazu bietet, und diesen Gefallen wird er ihm leider nicht tun. Präsident Trump sagte, dass ohne solch eine Vereinbarung der JCPOA „beendet werde“. Dann wären es die USA und nicht der Iran, die einen multilateralen Vertrag aufgekündigt haben, wodurch sie isoliert würden. Sollte Trump Sekundärsanktionen gegen europäische Unternehmen und solche aus anderen Ländern verhängen, die Geschäfte mit dem Iran betreiben, wird dies einen Handelskrieg auslösen, durch die die Kooperation untergraben wird, die er benötigt, um die Schwachstellen des JCPOA zu beheben. Iran

wird nur dann wegen des JCPOA an den Verhandlungstisch kommen, wenn es vereinbarte harte Sanktionen von den USA und der EU gibt.

Der Präsident versuchte seine „Dezertifizierung“ mit dem Verweis auf Nordkorea zu rechtfertigen, das ein Beispiel dafür sei, dass „eine Bedrohung umso schlimmer werde, je länger man sie ignoriere“. Nordkorea wird aber eine andere Lehre aus der ursprünglichen Entscheidung des Präsidenten ziehen, sich nicht länger an das Abkommen zu halten: warum soll man eine Vereinbarung mit den USA treffen, auf sein Atomprogramm zu verzichten, wenn die USA ihre Verpflichtungen einseitig für nicht erklären können? Wenn es uns gelingen sollte, mit Nordkorea ein Atomabkommen zu schließen, das auch nur annähernd so streng ist wie der JCPOA mit dem Iran, wäre dies ein kleines Wunder.

Der Präsident sollte jetzt schleunigst einen hochrangigen Gesandten ernennen, der in Zusammenarbeit mit der EU versucht, über ein Zusatzabkommen bezüglich der Schwachstellen des JCPOA und anderer iranischer Aktivitäten zu verhandeln, aber gleichzeitig dabei den JCPOA nicht aufgeben.

Stuart E. Eizenstat

Ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten
in die Europäische Union
(1993-1996)

TRUMP UND DER NAHE OSTEN

Präsident Trump hat in seiner Rede vor den Vereinten Nationen im September Veränderungen angekündigt – aber welche? Das Dilemma tritt im Zusammenhang mit der US-Politik gegenüber dem Nahen und dem Mittleren Osten besonders zum Vorschein.

Eines ist sicher. Bei der „Roadmap“ für eine Lösung der Frage von Israels Grenzen wird es keinen Fortschritt geben. Dies wurde durch Benjamin Netanyahus kräftigen Applaus für Präsident Trump bei den Vereinten Nationen deutlich. Für den Stillstand bei der Roadmap ist Trump nicht allein verantwortlich, doch er wird weniger Druck auf Israel ausüben, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

In anderen Bereichen der Nahost-Politik herrscht weniger Klarheit. Im April wurden von den Zerstörern der US-Marine im Mittelmeer – als Vergeltungsmaßnahme für den Einsatz chemischer Waffen durch das Assad-Regime bei einem Angriff in Chan Schaichun – 59 Marschflugkörper des Typs Tomahawk auf den Militärflugplatz asch-Scha'irat im Gouvernement Homs im Westen Syriens abgefeuert. Dies dürfte in der EU und andernorts den Eindruck erweckt haben, Trump würde gegen das Assad-Regime hart vorgehen. Insbesondere im Zusammenhang mit Trumps Vorgehen hinsichtlich Vladimir Putins Rolle in Syrien herrscht jedoch Verwirrung. Werden die USA in Ländern wie Syrien und Libyen direkter eingreifen, und kommt es in Syrien gar zu einer neuen Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland?

Am besorgniserregendsten ist der Ansatz des Präsidenten gegenüber dem Iran. Der Iran hat die Hisbollah mit bis zu 100 000 Raketen versorgt, die gegen Israel eingesetzt werden. Der Iran unterstützt terroristische Gruppierungen. Der Iran hat zugunsten von Assad in Syrien interveniert und baut dort

eine militärische Einrichtung. Bedenken seitens der USA sind zu unterstützen. Ein hartes Vorgehen gegenüber dem Iran wäre daher nicht unerwartet.

Doch der Präsident unterlässt dies. Er begegnet der Angelegenheit mit scharfer Kritik am Abkommen mit dem Iran über Atomwaffen (Joint Comprehensive Plan of Action), das er als einen „der schlechtesten und einseitigsten Verträge, dem die Vereinigten Staaten jemals beigetreten sind“, bezeichnet.

Seit 2012 wurden die Vorräte des Iran an angereichertem Uran von 8 000 kg auf 300 kg reduziert. Der zur Produktion von Plutonium dienende Schwerwasserreaktor in Arak wurde vollständig abgebaut. Die Anlagen des Iran werden von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) rund um die Uhr überwacht. Achtmal hat die IAEO zertifiziert, dass der Iran die Bedingungen erfüllt. Es gibt keinen Beweis dafür, dass sich dies seit der letzten Zertifizierung geändert hätte.

Das heißt, dass die USA den Iran für ungerechtfertigterweise bestrafen würden, wenn sie Maßnahmen ergreifen. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland haben klargestellt, dass sie die USA nicht unterstützen würden und nicht von dem Abkommen zurücktreten werden. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich ein Austritt der USA aus dem Iran-Abkommen auf die tatsächlichen Probleme in Syrien auswirken würde.

Die USA können stolz darauf zurückblicken, sich für das Gute in der Welt eingesetzt zu haben. Die USA könnten im Nahen und Mittleren Osten einen wesentlichen Beitrag zu Verbesserungen der Lage leisten – etwa hinsichtlich des Konflikts der Golfstaaten über Katar und der Frage, ob die Türkei eine vollwertige Demokratie wird. Ob die Regierung Trump der Rolle der USA in der Vergangenheit gerecht wird, wird sich jedoch erst zeigen.

Hier könnte das durch Überprüfung und Ausgleich geprägte amerikanische Verfassungssystem zum Tragen kommen, wenn der Kongress den Präsidenten zwingt, eine aus rationaler Sicht sinnvolle Richtung einzuschlagen. Vieles hängt auch an der Frage, wie sehr der Präsident auf die vernünftigen Mitglieder seiner Regierung (die „Erwachsenen“) hören wird. Es bleibt zu hoffen, dass die USA auf den Zielkurs zurückkehren.

Robert Moreland

ED, Vereinigtes Königreich (1979 - 1984)

horseferry@yahoo.com

WIE KANN DER TERRORISMUS BEKÄMPFT WERDEN?

Unser Treffen mit General GRAY am Potomac Institute war insofern besonders interessant, als wir dabei zu Schlussfolgerungen zu den in den USA und weltweit durchgeführten Studien gelangt sind.

Ich erachte es als positiv, dass die Ursachen des Terrorismus ermittelt wurden, weil dadurch die Instrumente für den Kampf gegen diese Bedrohung besser bestimmt werden können. Terrorismus ist nichts Neues und kommt auf allen fünf Kontinenten vor.

Das Beispiel, mit dem wir gegenwärtig konfrontiert sind, ist der IS. Monat für Monat steigt die Zahl der von dieser Organisation verübten Attentate weiter an: im Nahen und Mittleren Osten, in Europa, in Afrika und in Amerika.

Zu den Faktoren, die terroristische Handlungen begünstigen, zählen folgende Punkte:

- Die Verarmung eines Teils unserer Mitbürger, und zwar nicht nur in materieller, sondern auch in sozialer Hinsicht. Millionen von Menschen sind aus unseren Gesellschaften ausgegrenzt: ohne Bildung, nicht integriert und ohne persönliche und berufliche Perspektiven;
- die psychische Instabilität von zahlreichen Einzelpersonen, denen der Terrorismus eine Lösung für ihre Probleme bietet (!!);
- Versuche zur Destabilisierung anderer Staaten
- etc.

Unsere demokratischen Staaten sind angesichts der terroristischen Handlungen zwar nicht machtlos, weisen jedoch verschiedene Schwächen auf:

- Als vorrangige Maßnahme ist angezeigt, die Zusammenarbeit aller Nachrichtendienste effizienter zu machen, und zwar sowohl auf einzelstaatlicher Ebene als auch auf EU-Ebene und darüber hinaus.
In New York wurde auf lokaler Ebene die Zusammenarbeit verschiedener operativer Dienste eingeleitet, wodurch die Kriminalität rasch zurückgegangen ist. In Frankreich hat Präsident Macron kürzlich eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der zahlreichen Dienste, für die die einschlägigen Informationen relevant sind, eingesetzt. Auf europäischer Ebene ist der Austausch von Informationen mit modernen Mitteln, über die alle Dienste verfügen, auszubauen.
- Ebenso sind auf operativer Ebene sämtliche polizeilichen und militärischen Organisationen zu vernetzen.
- Hinsichtlich der Viertel, die als gefährdet gelten, müssen die EU, die Mitgliedstaaten und die örtlichen Behörden sowohl Programme zur Armutsbekämpfung entwickeln als auch alle Bürger integrieren, insbesondere was die Sprache und Fortbildungsmaßnahmen betrifft.
- Was die Kommunikation anbelangt, zielen Terroristen darauf ab, die Medien und soziale Netzwerke für ihre Zwecke zu nutzen. Die Frage nach der Rolle der Netzwerke muss gestellt werden.
- Eine Reihe von weiteren gemeinsamen Maßnahmen muss ergriffen werden: Die Finanzierung terroristischer Handlungen ist zu stoppen, gezielte diplomatische Maßnahmen sind auszuarbeiten etc.

Die Europäische Union wurde im Sinne des Friedens und des Wohlergehens ihrer Bürger gegründet. Sie muss in der Bekämpfung des Terrorismus dringend rasche Fortschritte erzielen.

Daher ist es an der Zeit, dass die führenden Politiker der Mitgliedstaaten beschließen, ihre verschiedenen einschlägigen Organisationen wirklich zu vernetzen.

Jean-Marie Beaupuy

ALDE, Frankreich (2004 - 2009)

jeanmariebeaupuy.europe@sfr.fr

ENERGIE UND KLIMAWANDEL

Die Perspektiven für Klimaschutzmaßnahmen in den Vereinigten Staaten wurden während des Besuchs des VEM in Washington im Oktober 2017 im Rahmen einer wertvollen und interessanten Diskussion besprochen.

Die USA haben noch nie zu den glühendsten Verfechtern politischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels gezählt. Präsident Clinton hat zwar das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, aber im Senat wurde nie darüber abgestimmt. Präsident George W. Bush, der sich im Wahlkampf gegen Vizepräsident Gore, einen führenden Klimaschutzaktivisten, durchgesetzt hatte, trat trotz massiver Kritik von dem Protokoll zurück. Dahingegen war Präsident Obama ein entschiedener Befürworter des Übereinkommens von Paris und konnte es mittels eines Dekrets ohne Abstimmung im Senat ratifizieren, da es sich nicht um einen Vertrag handelte.

Präsident Trump wurde stark kritisiert, als er seine Absicht zu erkennen gab, vom Übereinkommen zurückzutreten. Er signalisierte ferner Unterstützung für die verbleibende Kohleindustrie, da ihn diese im Wahlkampf unterstützt hatte.

Trotz dieser unsteten Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen lässt sich seit 2005 eine Verringerung der US-Emissionen um 25 % verzeichnen, überwiegend in den letzten fünf Jahren und hauptsächlich durch den Wechsel von Kohle zu Gas. Erneuerbare Energieträger und Verbesserungen der Energieeffizienz haben auch einen Beitrag dazu geleistet.

Es wurde berichtet, dass die Kosten für erneuerbare Energieträger im Falle der Windenergie seit 2009 um 66 % und im Falle der Solarenergie um 85 % gesunken sind. Die Tätigkeit auf staatlicher und lokaler Ebene wurde durch die Kostensenkungen sowie einige Steueranreize gefördert. Die Rolle der Atomenergie fand nur wenig Erwähnung, obwohl letztere rund 10 % des Stroms liefert; in Bezug auf ihren künftigen Beitrag herrscht jedoch eine gewisse Unsicherheit.

Zwar ist es einfach, über die Vergangenheit zu berichten, aber es ist ausgesprochen schwierig, zukünftige Entwicklungen einzuschätzen. Elektrizität wird zweifelsohne als wichtigste Energiequelle angesehen. Die Methoden für die Erzeugung und Übermittlung werden von den wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen sowie dem Umfang abhängen, in dem sie wirtschaftlich genutzt werden können. Die Entscheidungen der Regierungsstellen, Steuern zu erheben oder Subventionen zu gewähren, werden entweder auf nationaler oder auf lokaler Ebene Auswirkungen haben. Entscheidungen im Hinblick auf die Versorgung und/oder die Verteilung könne durch lokale geografische Faktoren beeinflusst werden.

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiger Motor für das Wirtschaftswachstum, und bei dem aktuellen chinesischen Eisenbahnprojekt in Richtung Westen nach Europa wird es sich nicht um das letzte Vorhaben dieser Art handeln. Während des Besuchs in Washington kündigten Alstom und Siemens ehrgeizige Vorhaben zur Schaffung eines erweiterten Schienennetzes in Deutschland und Frankreich an. Ähnliche Vorhaben werden sicher woanders initiiert werden.

Zwar war die Atomenergie in den USA kein vorrangiges Diskussionsthema, aber in einem an den Energieminister gerichteten aktuellen Arbeitsdokument wurde eine Reihe von Faktoren aufgelistet, durch die eher eine Erhöhung als eine Verringerung des Beitrags der Atomenergie begünstigt wird. Hierzu zählen die Verringerung der Treibhausgasemissionen, die Widerstandsfähigkeit des Netzes (Fragen der Grundlast), die nationale Sicherheit mit einer Diversifizierung der Brennstoffe, Beschäftigung und der Beitrag zur Steuerbemessungsgrundlage.

Ich erinnere mich, dass die Unterstützung für die Atomenergie in meiner Anfangszeit als Mitglied im Energieausschuss des Europäischen Parlaments größer war als heute und Anstrengungen unternommen wurden, um die Kommission davon zu überzeugen, die Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbare Energieträger zu erhöhen. Gegenwärtig haben viele Millionen Menschen weltweit, darunter ein Drittel der Bevölkerung in Indien, keine Stromversorgungssicherheit, und die Weltbevölkerung wächst weiter.

Gordon Adam

PES, Vereinigtes Königreich

(1979 - 2004)

gordonjadam@aol.com

DIE WIRBELSTÜRME UND DAS PARISER KLIMASCHUTZÜBEREINKOMMEN

Während unseres Besuchs in Washington kam es in Puerto Rico zu einer humanitären Krise infolge des Wirbelsturms Maria, der über die Insel hinweggefegt ist. Die dadurch verursachten Schäden waren beträchtlich, darunter auch Tote, Zerstörungen, unterbrochene Straßenverbindungen, eingestürzte Brücken und eine Bevölkerung ohne Wasser-, Lebensmittel- und Stromversorgung.

In jüngster Zeit haben die Wirbelstürme Harvey, Irma und Maria, die sich im Atlantik gebildet hatten, die Küsten Amerikas heimgesucht, und der Orkan Soheila hat in Portugal, Spanien, Irland und Großbritannien Opfer gefordert, verheerende Zerstörungen angerichtet und schwere Flächenbrände ausgelöst.

Inzwischen können wir dank der Satellitenbeobachtung und ausgefeilter Technik die Zusammensetzung und das Entstehen von Wirbelstürmen besser verstehen und präziser ermitteln, welche Verbindungen es zwischen diesen Naturereignissen und dem Klimawandel gibt, wobei die Fachleute diesbezüglich unterschiedliche Ansichten vertreten. Einige vertreten die Auffassung, dass es schwierig festzustellen sei, ob die Stürme der vergangenen Jahre gegenüber früheren Zeiten an Heftigkeit zugenommen haben, wohingegen andere der Meinung sind, dass der globale Temperaturanstieg zu einer höheren Frequenz und Intensität tropischer Wirbelstürme seit den 1970-er Jahren geführt habe. Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) der Vereinten Nationen hat allerdings darauf verwiesen, dass „die stattfindenden Klimaveränderungen sehr wahrscheinlich zu gewaltigeren Orkanen und Wirbelstürmen und zu mehr Niederschlag bei diesen Wetterphänomenen geführt haben, die es schon immer gegeben hat. Der Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der Häufigkeit der Stürme ist hingegen unklar.“

Zweifellos ist es durch das Ansteigen des Meeresspiegels als Folge der Erderwärmung wahrscheinlicher geworden, dass es in den Küstengebieten bei Stürmen zu Überschwemmungen kommt. Daher sind abgestimmte Strategien der Entwicklungs- und Umweltpolitik vonnöten, damit der Erfahrungs- und Informationsaustausch erleichtert, die Umweltverschmutzung und Treibhausgasemissionen reduziert sowie die richtige Nutzung von Energieressourcen und neue Lebensweisen gefördert werden, denn ansonsten könnten Inselstaaten im Meer versinken, worauf

bereits 1999 in dem Bericht Persad-Bissesar zu dem Thema „Der Klimawandel und die kleinen Inselstaaten im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU“ hingewiesen wurde.

Das 2016 in Kraft getretene und von 195 Staaten unterzeichnete Übereinkommen von Paris stellt die erste universelle und rechtsverbindliche Vereinbarung dar, die einen Aktionsplan zur Verhinderung gefährlicher Klimaveränderungen und zur Begrenzung der Erderwärmung weit unter zwei Grad Celsius enthält. Die Regierungen verständigten sich auf Aktionspläne auf der Grundlage der Schadensbegrenzung durch eine Senkung der Emissionen, der Transparenz und globalen Bestandsaufnahme sowie der Anpassung und Unterstützung, mit einem besonderen Augenmerk auf den Verlusten und Schäden in Zusammenhang mit den negativen Folgen des Klimawandels und unter Einbindung aller Interessenträger auf subnationaler Ebene.

Im Juni hat US-Präsident Trump den Ausstieg aus dem Pariser Übereinkommen erklärt und verwies dabei auf beträchtliche Schäden für die Wirtschaft und den Verlust von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit durch das Übereinkommen. Darüber hinaus hat er weitere Mittel für die Umweltschutzbehörde seines Landes blockiert.

In der Debatte an der Johns-Hopkins-Universität hat der Rechtsanwalt Benjamin Longstreth dargelegt, dass seit 2005 auf Bundesebene beträchtliche Fortschritte erzielt worden seien, die auf Investitionen in erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz zurückzuführen sind, und dass der Kongress eine Reihe von verlängerbaren Steueranreizen verabschieden musste, da der von Obama eingeführte „Clean Power Plan“ (Plan für saubere Energie) nicht ambitioniert genug gewesen sei. Einzelnen US-Bundesstaaten gelingt es dennoch, selbstständig ehrgeizige Maßnahmen auf lokaler Ebene zu fördern, wie zum Beispiel in Atlanta wo ein Anteil erneuerbarer Energiequellen von 100 % angepeilt wird. Trotz der Entscheidung von Trump erhalten die saubere Energie und erneuerbare Energiequellen eine große Unterstützung von beiden politischen Parteien.

Seit den 1970-er Jahren ist weltweit bereits viel erreicht worden, aber wir müssen weiter weltweit stark engagieren, um schmerzhaftes Konsequenzen zu verhindern.

Monica Baldi

EVP-ED, Italien (1994 - 1999)

baldi.monica@email.it

EINDRÜCKE VON AMERIKA: VON DEAUVILLE NACH WASHINGTON...

Terminliche Fügungen führen zu symbolischen Zufällen.

Bevor ich nach Washington reiste, nahm ich am Festival des amerikanischen Films in Deauville teil.

Philippe Augier, der dynamische Bürgermeister dieses glanzvollen Ortes, sagt selbst über Deauville: „Seit seiner Gründung im Jahre 1860 hat Deauville enge Verbindungen zum amerikanischen Volk geknüpft. Die Normandie ist ein Ort des Gedenkens und der ewigen Anerkennung für das amerikanische Volk.“

Seit 43 Jahren ist das Festival des amerikanischen Films eine der wichtigsten kulturellen und politischen Veranstaltungen zwischen den USA, Frankreich und Europa. „Im Laufe der Jahre hat sich das Festival unablässig weiterentwickelt und alle Arten von Kino, made in USA‘ erkundet. Es ist sozusagen eine künstlerische und wirtschaftliche Plattform zugleich, die die amerikanische Kultur und die Entwicklung ihrer Gesellschaft trägt“, so Philippe Augier.

Das Kino zählt zu den wichtigen Vektoren der sogenannten sanften Diplomatie.

Dank dem Kino als Spiegel einer Gesellschaft, ihrer Werte, ihrer Gewalt, ihrer Ängste und Hoffnungen war ich also bereits „Amerikaner“, bevor ich wieder nach Washington kam.

Bei meiner Ankunft in Washington überkommt mich ein gewisser Stolz auf unsere Geschichte – auf La Fayette und auf Pierre Charles L’Enfant, der nach seinem Dienst an der Seite des Generals Washington die „Federal City“ plante –, aber auch Dankbarkeit gegenüber unseren amerikanischen Freunden, die Europa befreit haben.

Dass in Frankreich – allen Vorhersagen und traditionellen Differenzen zum Trotz – der jüngste Präsident der Fünften Republik gewählt wurde, der sich auf internationaler Ebene äußert, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, ist eine Herausforderung für die Amerikaner. Das Paradoxe ist, dass diese Wahl der Wahl von Donald Trump insofern ähnelt, als niemand sie vorhergesehen hatte. Für die USA sind Emmanuel Macrons Reden in Griechenland oder vor der UNO Zeichen dafür, dass die Vision von Frankreich und auch von Europa in der internationalen Debatte dynamisch geprägt ist.

Mit dem diplomatischen Chaos in Trumps Regierung, dem mangelnden Zusammenhalt und den unaufrichtigen politischen Äußerungen eines Präsidenten, die zu oft auf eine Reihe von Twitter-Beiträgen reduziert werden, zwingt Trump Europa, dringend Verantwortung zu übernehmen.

Der Bau der Europäischen Union wird von Dramen bestimmt, die häufig unvorhersehbar sind. Der Brexit, Katalonien und die USA, gefangen in ihrem Wahlspruch „America first“ – sie alle verlangen von Europa, eine Macht zu sein, die sich weltweit einsetzt und sich als Hüterin der Werte des Universalismus, der Demokratie und des Friedens versteht.

Bei den Analysen unserer verschiedenen Gesprächspartner dominiert die Diagnose, dass Amerika tief gespalten ist.

Bei einigen herrscht unruhige Resignation, bei anderen eindeutige Ablehnung – und Zufriedenheit beim harten Kern der Trump-Anhänger, der weißen Mittelklasse. Trump kultiviert dies, indem er gegen Handelsfreiheit und Einwanderung kämpft und das Recht auf das Mitführen von Waffen bekräftigt.

Die zweite Änderung der Verfassung ist auch weiterhin eine fast heilige Referenz für die Republikaner.

Auch Europa bleibt von den Spaltungen und populistischen Strömungen nicht verschont. Die nationalistische Wählerschaft ist radikaler geworden, die traditionellen Parteien hingegen schwächer.

Wir haben offen mit unseren amerikanischen Partnern über diese Fragen gesprochen. In Bezug auf zahlreiche Themen herrscht international Beunruhigung: Nordkorea, Iran, Syrien, das Pariser Übereinkommen. Sie können nicht durch Improvisieren oder näherungsweise angegangen werden. Dass geschlossene Verträge systematisch sabotiert werden, ist unverantwortlich.

Unsere Gesprächspartner vertrauen darauf, dass die amerikanische Demokratie diese gefährliche demagogische Welle kanalisieren kann.

Und darauf, dass Europa stärker vereint und aktiver sein kann, um so dafür Sorge zu tragen, dass Abkommen und Versprechen eingehalten werden.

Diesen Eindruck habe ich nach meiner Rückkehr aus der Trump-Welt...

Jean-Paul Benoît

PSE, Frankreich (1989 - 1994)

jpbenoitavocat@gmail.com

TREFFEN MIT EHEMALIGEN ABGEORDNETEN

Anfang des Monats wohnte ich einem Vortrag bei, den Mitglieder des VEM des Europäischen Parlaments an der Georgetown University hielten. Es waren ehemalige Abgeordnete aus Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, der Tschechischen Republik und aus vielen anderen Staaten der Europäischen Union vertreten. Ich habe das Studium der Germanistik und der Europäischen Studien an der Universität Georgetown gerade erst aufgenommen, und diese Debatte war eine der lehrreichsten außerschulischen Veranstaltungen, die ich bisher besuchen durfte. Als Studierende des Fachs Europäische Studien habe ich die Bundestagswahl in Deutschland, das Referendum in Katalonien und den Brexit aus der Ferne verfolgt. Daher war es aus akademischer Sicht überaus bereichernd, bei einer Debatte zugegen zu sein, in deren Rahmen sich Abgeordnete aus Deutschland und dem Vereinigten Königreich zu den aktuellen Ereignissen in ihren Heimatländern und der Europäischen Union äußerten. In den Vereinigten Staaten wird über die ständigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten berichtet, und es war ermutigend festzustellen, dass diese Meinungsverschiedenheiten nicht zwangsläufig über Brüssel hinausreichen und dass letztlich alle Mitglieder ein starkes und stabiles Europa fördern möchten.

Da ich selbst keine Europäerin bin, habe ich mir nie angemaßt, die Vorteile des Brexit zu beurteilen, selbst dann nicht, als viele andere US-Amerikaner ihren Standpunkt über Facebook überaus deutlich zum Ausdruck brachten. Nachdem ich die Ausführungen der Abgeordneten aus dem Vereinigten Königreich gehört habe, kann ich vollumfänglich erfassen, wie tragisch diese Situation für das Vereinigte Königreich sein könnte. Ich setze große Hoffnung in die Zukunft der Europäischen Union und hoffe für das Vereinigte Königreich, dass es daran beteiligt sein wird. Um zum Gelingen beizutragen, muss die EU dafür sorgen, dass sie von den Bürgern der Mitgliedstaaten stärker wahrgenommen wird. Es scheint, als hätten die Wähler für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gestimmt, da sie nicht über die zahlreichen Vorteile einer EU-Mitgliedschaft informiert sind, und es lässt sich leicht nachvollziehen, warum das so ist. Die EU hat ein ernstes Problem, was die Öffentlichkeitsarbeit angeht. Sie muss ein „Gesicht“ entwickeln, das auf lokaler Ebene projiziert wird, damit mehr Menschen ermuntert werden, an der Wahl zum Parlament teilzunehmen, und verstehen, was es bedeutet, Teil der EU zu sein. Die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Parlament, dem einzigen demokratisch gewählten Organ der Europäischen Union, nur 42 % betrug, deutet auf eine demokratische Krise hin. Die Bürger kennen die Tätigkeiten des Parlaments nicht und haben nicht das Bedürfnis, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. An der Universität Georgetown hat ein britisches Mitglied erwähnt, dass nur die Eliten die Ziele und die Strukturen der EU wirklich verstehen, was sich meiner Ansicht nach ändern muss.

Der Brexit wirft mögliche Fragen im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen auf. Zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich hat stets eine kulturelle und geschichtliche Verbundenheit bestanden, und das Vereinigte Königreich war für die USA das Bindeglied zur Europäischen Union. Ich bin der Auffassung, dass dies eine Möglichkeit für die USA ist, die Beziehungen zu anderen Mitgliedstaaten zu stärken. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten scheint nicht in der Lage zu

sein, zu einem eindeutigen Standpunkt in Bezug auf die Europäische Union zu gelangen. Präsident Donald Trump bereitet mir dennoch keine Sorgen. Die transatlantische Partnerschaft hat sich auch in schwierigen Zeiten immer wieder als beständig erwiesen, und wir sind entschlossen, diese Beziehungen trotz möglicher Rückschläge fortzusetzen. Als westliche Staaten verfolgen wir dieselben Ziele. Unter anderem ist es uns ein Anliegen, für internationale Sicherheit zu sorgen, Menschen in Not zu unterstützen und unseren Planeten und die Umwelt zu schützen. Als zukünftige Führungspersönlichkeit bin ich zuversichtlich, dass unsere Partnerschaft weiter gefestigt wird, wenn wir unser Augenmerk auf das große Ganze richten und uns darauf konzentrieren, was gemeinsam zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele unternommen werden kann.

Maddie Mitchell

Student in Georgetown
Universität, Washington D.C.
mmm471@georgetown.edu

FP-AP TREFFEN IN VALLETTA

Valletta die Hauptstadt der parlamentarischen Republik Malta im Mittelmeer

Ist die kleinste Hauptstadt der Europäischen Union gemessen an der Fläche und einer Einwohnerzahl von nur ca. 5.700 Einwohnern der insgesamt ca. 430.000 Einwohner. Malta gilt als Staat mit der fünfthöchsten (und weiter ansteigenden) Bevölkerungsdichte weltweit.

Malta hat eine uralte Kultur und Geschichte. Während der Endphase der Jungsteinzeit (Neolithikum) wurden auf Gozo, der zweitgrößten Insel des Malta-Archipels, sechs und auf Malta 22 große Tempel errichtet, von einem Volk, welches etwa zwischen 6.000 – 4000 v. Chr. den Archipel erreichte. Die archäologischen Museen legen davon beredtes Zeugnis ab, insbesondere mit ihren wertvollen prähistorischen (weiblichen) Statuetten. Kein Wunder, dass zum Welterbe Maltas drei UNESCO-Welterbestätten gehören und dass Valletta neben Leeuwarden (NL) 2018 EU-Kulturhauptstadt wird und sich auf dieses Großereignis vorbereitet: Es fallen die Bauarbeiten am mauerbewehrten Eingang zur Stadt auf. Weitere archäologische Funde wurden dabei entdeckt. Laut Times of Malta unterstützt die EU allein dieses Restrukturierungs-Projekt mit 24 Millionen Euros.

Wir, Andrea Manzella, Valeh Nasiri und ich, sowie die Ehemaligen Abgeordneten aus 19 Mitgliedstaaten des Europarats, staunten über das wuselige Valletta der Touristen und der vielen europäischen Sänger anlässlich des großen Chorfestivals. Wir haben Mdina, die stille Bastions-Stadt aus dem Mittelalter, erlebt und einen Ausflug nach Gozo, dem Wohnort von Lino DeBono, FP-AP Präsident. Er und sein Team um Dr. Noel Buttigieg Scicluna und Pauline Abela (Malta) wurden erfolgreich unterstützt von Krist Decanniere, Lisette Hermans und Roland Roblain aus dem Brüsseler FP-AP Sekretariat.

In Marsa waren wir auf dem türkischen Friedhof, der als weiteres architektonisches Juwel bezeichnet wird. Die „Große Belagerung Maltas“ durch ein osmanisches Heer erfolgte 1565. Der Malteserorden verteidigte siegreich die Insel. Die Festungsanlagen vom Ende des 16. Jahrhunderts machten Malta zur am stärksten befestigten Insel des Mittelmeeres und zählen wohl heute zu den beeindruckendsten Festungsbauten der Welt.

Das alles ist die gute Seite einer Medaille. Doch da gibt es auch die großen Probleme Maltas. In seiner vielfältigen Geschichte war es begehrtes Objekt vieler kriegerischer Kräfte aus allen Himmelsrichtungen aufgrund seiner besonderen strategischen Lage im Mittelmeer. Heute ist es der brutale Mord an der Journalistin Daphne Caruana Galizia, auf den Andrea Manzella besonders hinweist, sind es beispielsweise die Diskussionen um die berüchtigten Panama- (oder Paradise-) Papers, ist es die Art, wie man maltesische Pässe erhält, welche das Leben und die Atmosphäre dieser besonderen Insel möglicherweise unumkehrbar verändert.

Ein neuzeitiges Juwel allerdings ist das moderne Parlamentsgebäude des italienischen Architekten Renzo Piano (2011 – 2015)

Hier standen uns Claudette Buttigieg, Sprecherin des House of Representatives, Rede und Antwort – genauso wie später Dr. Tonio Borg, ehemaliger EU-Kommissar, und Michael Farrugia, Minister für Inneres und nationale Sicherheit während des FPAP-Seminars zum allumfassenden Thema „Staatenlosigkeit“ - ein Versuch, das Thema Flüchtlinge mit allen problemreichen Facetten zu erklären und die außerordentlichen Herausforderungen für die gesamte EU zu bewältigen.

Zwei beeindruckende UNHCR (United Nations High Commissioner for Human Rights (António Guterres)-Rednerinnen – Inge Sturkenboom (Brüssel) und Sharzad Tajbakhsh (Genf) - wiesen auch auf das UNHCR-Handbuch „Nationality and Statelessness“ für Parlamentarier und auf den „Global Action Plan to End Statelessness (2014 – 2024)“ hin – fundamentale Broschüren für Jedermann.

Wir diskutierten zudem den ersten Vorschlag des ehemaligen Generalsekretärs des Europarats Dr. Walter Schwimmer zur „Zukunft Europas“ - Thema des FPAP-Kolloquiums 2018 in Straßburg.

Malta hat jetzt eine Internationale Plattform ins Leben gerufen und zum gemeinsamen Einsatz gegen die tödlichen Bedrohungen in der Welt aufgerufen...

Brigitte Langenhagen

EVP-ED, Deutschland (1990 - 2004)

brigitte-langenhagen-cux @ tonline.

EINE REISE NACH ESTLAND

Außer für die Interessen Estlands im Bereich der Verteidigung macht sich Marianne Mikko, Mitglied des estnischen Parlaments und Spezialistin für Verteidigungsfragen, für die Förderung des kulturellen Erbes des Landes und seiner führenden Position im Bereich der Digitalisierung stark.

Estland ist der nördlichste der drei baltischen Staaten. Das Land hat eine gemeinsame Grenze mit Russland, und die Landessprache Estnisch ist mit dem Finnischen verwandt. Seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 war der Beitritt zur EU eines der Hauptziele der estnischen Außenpolitik.

Während seiner Geschichte wurde das Land immer wieder durch fremde Mächte besetzt, unter anderem in der jüngeren Vergangenheit durch das nationalsozialistische Deutschland und die

Sowjetunion. Unter seinen Bewohnern ist das Bewusstsein dafür, ein kleines und relativ abgelegenes Land an der Außengrenze der EU zu sein, daher sehr ausgeprägt.

Die gemeinsame Grenze mit Russland und die russische Annexion der Krim tragen nicht dazu bei, dass die durch die geopolitische Lage des Landes bedingten Ängste abnehmen würden.

Im Mittelalter wurde das Land von Dänemark, den Deutschordensrittern des Livländischen Ordens und Schweden beherrscht. Im 18. Jahrhundert wurde es in das Russische Reich eingegliedert.

1918 wurde Estland nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und im Zuge des Zusammenbruchs des Russischen Reiches zum ersten Mal unabhängig.

1920 unterzeichnete es einen Friedensvertrag mit Russland. 1939 zwang die Sowjetunion Estland jedoch dazu, die Einrichtung sowjetischer Militärstützpunkte zuzulassen, und 1940 marschierten sowjetische Truppen in Estland ein, woraufhin das Land in die Sowjetunion eingegliedert wurde.

Deutsche Truppen besetzten Estland 1941, und 1944 wurde das Land erneut von der Sowjetunion annektiert, woraufhin zehntausende Esten nach Sibirien und Zentralasien deportiert wurden.

Estland gehört unter den noch jungen östlichen Mitgliedstaaten der EU zu denen, deren Wirtschaft sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion außerordentlich dynamisch entwickelt hat.

Vygaudas Usackas, bis vor kurzem Leiter der EU-Delegation in Russland, hat erklärt, dass er nicht denkt, dass sich die Haltung Russlands zu den baltischen Staaten unter Putin ändern wird. Er sei jedoch der Überzeugung, dass der Dialog mit Russland wichtig ist und dass Russland nicht als terroristischer Staat bezeichnet werden darf.

Marianne Mikko, Mitglied des estnischen Parlaments und Spezialistin für Verteidigungsfragen, teilt die Ansicht, dass der Dialog trotz der potenziellen Bedrohung ihres Landes durch Putins Russland wichtig, wenn auch schwierig ist.

Marianne Mikko ist nicht nur Mitglied des estnischen Parlaments, sondern auch Vorsitzende der estnischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und ehemaliges Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments.

Als eine erfahrene Journalistin, Mitglied des estnischen Ablegers einer Vereinigung zur Förderung der Bedeutung von Frauen im Bereich der Verteidigung und aufgrund ihrer Erfahrungen als ehemaliges Mitglied des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments spielt sie in der estnischen und europäischen Verteidigungspolitik eine wichtige Rolle.

Marianne Mikko vertritt die Ansicht, dass Europa seine eigenen Bedürfnisse im Bereich der Verteidigung und Sicherheit erst nehmen muss und dass die Mitgliedstaaten der EU, egal ob sie Mitglied in der NATO sind oder nicht, zusammenarbeiten müssen, um sich gemeinsam zu verteidigen.

Ein faszinierender Aspekt der estnischen Geschichte und Kultur und insbesondere Musik ist die Tradition des gemeinsamen Singens: Nicht zuletzt hat das gemeinsame Singen von Volksliedern während der so genannten „Singenden Revolution“ einen erstaunlichen Beitrag dazu geleistet, dass das Land seine Unabhängigkeit von der mächtigen Sowjetunion wiedererlangt hat.

Die Mobilisierung der kreativen Talente und der kollektiven Stimme des Volkes hat in Estland eine weit in die Geschichte zurückreichende Tradition, und vielleicht mehr als in irgendeinem anderen Land weltweit spiegelt sich die Geschichte Estlands in seinen Liedern wider.

In der estnischen Politik wird nicht nur der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik große Bedeutung eingeräumt: Das Land ist außerdem im Bereich der digitalen Technologien weltweit führend. Den Vorsitz im Rat, den dieses kleine baltische Land mit seinen 1,3 Millionen Einwohnern gegenwärtig innehat, will es nutzen, um dieses digitale Profil weiter zu stärken.

Michael McGowan

PES, Vereinigtes Königreich

(1984 - 1999)

mcgowan.michael@ntlworld.com

SIND WIR AUF DEM WEG IN EIN DIGITALES EUROPA?

Estland hat den Zeitraum, in dem das Land den Ratsvorsitz der Europäischen Union übernimmt, für eine originelle Initiative zum Anlass genommen, und zwar die Förderung eines „digitalen Europa“, wie es die estnische Regierung nennt, das heißt die weit verbreitete Nutzung digitaler Kommunikationstechnik bei Behördenkontakten und kommerziellen Dienstleistungen. Dabei soll der Zugang zu Daten aller Art erleichtert, die Zeiträume von Transaktionen verkürzt und jeglicher Austausch vollkommen transparent gestaltet werden. „Mehr Transparenz, weniger Bürokratie“ ist das Motto, das Estland seinen 27 Partnern vorgeschlagen hat. Das Land fordert die Europäische Union zur sofortigen Einführung einer fünften Grundfreiheit auf, und zwar der des freien Datenflusses. Estland träumt davon, dass unsere Länder dadurch gemeinsam zur fortschrittlichsten Weltmacht im Bereich der Internetnutzung werden.

Tallin hat daher beschlossen, mit gutem Beispiel voranzugehen, um dadurch auch die übrigen Regierungen von dem Vorhaben zu überzeugen. Mit Stolz wurde dort verkündet, dass nunmehr 95 % der estnischen Bürger einen elektronischen Personalausweis besitzen. Damit können alle nur erdenklichen Verwaltungsvorgänge am Computer oder mit dem Mobiltelefon erledigt werden. Dabei gebe es nur zwei Ausnahmen, nämlich Ehen und Scheidungen, wie die Minister schmunzelnd anfügten. Es ist nun nicht mehr notwendig, ärztliche Verschreibungen auszustellen und aufzubewahren, denn die den Patienten verschriebene Therapie ist nun im Internet für alle Apotheken einsehbar. Die persönlichen medizinischen Daten werden jetzt in digitalen Krankenakten gespeichert, auf die alle Krankenhäuser zugreifen können. Wahlen werden nach dem gleichen Schema durchgeführt. Die Bürger haben die Möglichkeit, zu Hause zu wählen und dafür ihren Computer zu benutzen. Die Gründung eines Unternehmens ist ebenfalls eine Sache von wenigen Klicks, und der Verwaltungsvorgang dauert nur ein paar Minuten, ohne dass man dafür seine Wohnung verlassen muss.

Dies alles wurde uns mit viel Begeisterung vorgestellt. Auf unsere Fragen nach der Vertrauenswürdigkeit eines solch weitverzweigten Systems und der Gewährleistung der Vertraulichkeit wurde uns versichert, wir bräuchten uns diesbezüglich keine Sorgen zu machen. Nach Meinung unserer Gesprächspartner habe man alle Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um Datendiebstahl zu verhindern und Cyberkriminelle abzuschrecken. Wir hatten leider keine Gelegenheit, mit ihnen darüber zu diskutieren. Fest steht, dass die Begeisterung der estnischen Regierung nicht von allen

Staaten einhellig geteilt wird. Selbst in Estland ruft die Digitalisierung aller öffentlichen Tätigkeitsbereiche Widerstand hervor, und es treten auch deren Schwachstellen zutage. Bei der letzten Parlamentswahl haben es 70 % der Bürger vorgezogen, wie bisher zur Wahlurne zu gehen, anstatt ihrem Kandidaten auf elektronischem Wege ihre Stimme zu geben. Was die Wahlmodalitäten anbelangt, so wurden die entsprechenden Informationen den Wählern zunächst auf Estnisch und anschließend seltsamerweise auch auf Englisch zur Verfügung gestellt. Den russisch sprechenden Teil der Bevölkerung, der mehr als 30 % ausmacht, hat man offenbar vergessen. Mit der Digitalisierung können keine politischen Probleme gelöst werden, jedoch können sie sich dadurch verschärfen.

Michel Pinton

NI, Frankreich (1993 - 1994)

m.pinton@wanadoo.fr